

# Werbung & Zeitung

**Stellungnahme der Interessen der Arbeitnehmer im Betriebsrat, Betriebsverein, Betriebsgruppe, Abteilung und unternehmensweiter Schichtung  
Befreiungsergänzung des Verbundes der Betriebs- und Betriebsgruppenleiter und unternehmensweiter Betriebsgruppen**

**Preis** Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
vierteljährlich 2,10 Mark, unter Streichzahl 2,70 Mark  
Eingetragen in die Druckzeitungstafel

Berleger u. verantw. Siebdruck: Dr. Krieg, Berlin-Lichtenberg  
Redaktion und Expedition: Berlin S. 3., Schillerstraße 6  
Druck: Botmärk's Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin 33-35

**Saisonabonnement:**  
die vorhergekündigte Rechnungsperiode 40 Pfennig, für Mitglieder 30 Pfennig  
Schluß für Saison: Montag früh 8 Uhr.

## Aus der Brauindustrie Deutschlands.\*)

三

Die wirtschaftlichen Ergebnisse im Jahre 1913.  
Obwohl die wirtschaftlichen Verhältnisse im allgemeinen nicht sehr günstig waren, fand das Brauereigewerbe mit den Ergebnissen des Jahres 1913 mehr als zufrieden sein. Viel günstiger als im Jahre 1912 war für die Brauereien die Entwicklung im letzten Jahre. Die Erzeugung war, wenn auch nicht erhöht, immerhin größer als im Vorjahr. Das ergibt der vermehrte Verbrauch von Malz und Getreide. In Gebiete der norddeutschen Braumeiergemeinschaft trug der Malznotverbrauch in der Zeit vom September bis Januar und im ganzen Kalenderjahr, ins

1909	S. Diorial	1 318 256	July	6 658 683
1910	"	1 471 140	"	6 864 951
1911	"	1 565 875	"	7 461 055
1912	"	1 484 621	"	7 302 011
1913	"	1 610 530	"	7 364 923

Dennoch war der Ratsschreiberamt im letzten Jahrzehnt erheblich größer als im vorangegangenen Jahrzehnt.

Der größeren Bedeutung für das wirtschaftliche Erfolgsziel der Brauereien war die Lage am Getreidemarkt. Der Preis der Biergerste sank erheblich, aufwärts und niedrig stand der Preis für Hopfen, und das Bier war billiger, was für die Brauereien ebenfalls Vorteile bot. Da auf der anderen Seite die Bierpreise selbstverständlich gleich blieben, kam der ganze Vorteil aus der Verschärfung der Konkurrenz und des wichtigen Nutzermittels Hopfen lediglich den Brauereien zugute, denen natürlich am meisten, die bei dem Einfuhr günstig disponierten und nicht große Neungen zu hohen Preisen abgeschlossen hatten. Eine Übersicht über die Entwicklung der Preise in den beiden letzten Jahren gibt die folgende Zusammenstellung. Es folgte ein Preisaufschwung in Werft:

	Frangipane		Papier		Papier	
	1912	1913	1912	1913	1912	1913
Januar . .	16,49	16,49	590	220	19,39	17,21
Februar . .	16,49	16,03	570	220	19,91	16,21
März . .	16,40	15,17	560	230	19,95	16,31
April . .	—	14,95	560	240	20,09	16,41
Mai . .	—	14,95	550	230	20,12	16,41
Juni . .	—	—	500	240	19,24	16,00
Juli . .	—	—	300	250	15,67	16,21
August . .	17,45	15,52	180	240	16,01	16,41
September .	17,83	15,50	180	270	14,06	16,16
Oktober . .	18,15	15,57	220	270	15,89	15,76
November .	18,18	15,55	220	290	15,25	15,56

Dass schon Ende des Jahres 1912 die Bierpreise zu steigen beginnen, war für die Brauereien vorstellbar; sie richten sich nach der für gezeigenden Entwicklung schon in das nächste Jahr einzurichten. Ganz zweifellos haben die Unternehmer im letzten Jahre ganz rechtfertigend an Produktionskosten ertragen. Teilsweise kann man mit der Verhältnisse denn auch schon in den Abschätzungsbüchern für das Jahr 1912-13 zum Ausdruck bringen. Eine Augathil Brauereien könnte ihrer erwartungen nachstellungen eine erhöhte Dividende auszahlen. Von den Brauereien, deren Aktien an der Börse gehandelt werden, hat keine einzige die Dividende erhöht. Dagegen erhöhten die Dividenden-

Aus diesem Rahmen tritt unverkennbar das Bild einer geänderten Rentabilität des Braugewerbes im Jahre 1913 heraus. Das dürfte noch später in die Eröffnung treten, wenn das Ergebnis des ganzen Jahres 1913 erfaßt worden ist. Die vorherordentliche Erweiterung der Berliner Brauereien zeigt sich in den Berichten, die wir aus den Jahren 1908/09 und 1912/13 wie jetzt in Vergleich stellen  
Schrage in Woff.

	1908/09	1912/13
Schulteck	2 512 709	2 515 104
Baierhofer	447 766	1 530 051
Berliner Kindl	545 545	910 796
Schlossbrauerei Schönberg	371 615	386 190
Fleißberg	282 916	341 734
Schmid des Bruders	2 795	259 854
Hilfssbrauerei	32 648	325 650
Brandenberger	173 624	235 576
Röntgen	211 574	273 574
Pettedithain	65 030	81 365
Victorienbrauerei	142 382	225 658
Münchner Brauhaus	98 640	215 257
Leavenbrauerei	146 145	242 739
Siegessäulebrauerei	280 700	316 202
Ernst Engelhardt	265 223	300 425
Berliner Bier	255 550	400 141
Geißbier Landre	21 600	20 381
Wiesnbiert Salz	57	235

Zusammen sind die Rebschläge von 6 116 19  
Morgen auf 9 574 455 Morgen oder um 3 451 296 Morgen gleich  
36,6 Prozent gestiegen. Da der Gesamtumfang der  
Unternehmungen mit Ausnahme des Südens und  
Südwestens beständig ist, so kann die Zunahme  
der verschiedenen Unternehmungen einen Teil einer  
Abflussveränderung. Die rückläufigen Rebschläge  
anderer Betriebe erscheinen somit. Wie die  
Aufstellung erkennen lässt, sind einige Unternehmungen  
bei der Rebschlagszurückgewinnung aufscheinendlich in-  
volved. Sie waren im „Rebschlagsjahr“ be-  
sonders erfolgreich. Am leichtesten sollte nun die Kon-  
kurrenz unter den Betrieben wohl weniger leistungsfähig, aber zum  
Zustand zu sie nicht gekommen.

Sonst auf die politischen Verhältnisse der  
Himmel der Stürze verhülfen. Die Revolution  
ergänzt manchen, so traurigen doch unter dem Eindruck  
der günstigen Lage für die Strukturen der Städte  
mehrere öffentliche Unternehmungen einzuführen und den  
Revolutionären Monarchie freien mit der Gemeinschafts-  
lung der Strukturaffären eine große Rolle. Dagegen  
haben die Stürze auf nur eine unvergessliche Ge-  
schichte bei der Schließung der englisch-irischen  
Republik.

Die Maßnahmen für das laufende Jahr werden etwas definitiver bearbeitet. Erstmal hat sich die Preisabschätzung für Herreide und Dorfes wieder etwas implizitiver gefaßt. Das erlaubt nun ja über eine direkte Zusammenstellung. Das Ausgleichen der Gegenwartswerte findet jedoch in den Gitterstrichen keine Erfüllung. Der Preisniveau-Fluktur war eigentlich darum ja, dass mit darin noch Raum bleibt, daß der Preisabschätzung doch bald wieder ein Gegenwartswert folgt. Sollte es sich ja mit dem ändern. Die Bewertungen in Tauschmarken nach Niedersachsen

Janur	1910	1911	1912	1913
Wages in Rupees	24.120	300.377	305.665	345.170

Das ist natürlich eine Einschätzung in dem  
maßstab erlaubt und für ungewöhnlich  
ausgeprägt.

Zu streichen der Strukturen und Zelle befinden  
sich weiter eine Verdünnung und eine Reduzierung  
der Ganzkörperbeschleunigung am Punkt der D-  
Acceleration. Ob solche Maßnahmen berechtigt sind, ist  
die Beurteilung der Ganzkörperbeschleunigung in den ange-  
wiesenen Zonen verhindern und Erfolg haben wird. Das  
kann aber doch nach Ansicht Tutschobald für Punkt zumindest  
nicht zu reduzieren. Sollte jedoch die Registrierung eines  
eines auszutauschenden Stoßes dann wäre die Beschleu-  
nitheit abgebaut, führt auf die Strukturänderung zu ei-  
nem anderen Schaden bei der Produktion ihres schädig-  
ten und so zum sicheren und sicher-

### Inferencia estadística

## Aus der Organisations der schwedischen Bürokratiebeamten.

Zum vorzigen Jahre entstand die Berufsbildung  
dem Wunsch der organisierten Brauereiarbeiter und  
leitete eine Bewegung zur Errichtung eines Zoll-  
vertrages ein. Da der Brauergewerbeverein damals  
harrte, ging, daß es nur des Zusammenschlusses vom  
Berband und Bund bedürfe, um einen Tarif zu be-  
fassen, so überwand man durch die Abreisung, welche  
die Erfüllungsbedürfnisse des Bundes im Sommer von  
1919 erzeugt hatten, und trat mit ihm gemeinsam  
verbunden. Die Unionsrat des Berbands der  
idealistischen Brauern war eine Befürchtung ab-  
lehnende. Die Brauern waren besser wie die Mehr-  
zahl der Arbeiters, daß sie für eine positive Ablehnung  
keinen Raum, ohne befürchten zu müssen, daß die  
Arbeiter etwas dagegen unternehmen würden; deren  
Organisation war dazu zu schwach.

Die Arbeiter hatten verhindern wollen von der Einheit der Arbeitgeber etwas erwartet und waren bitter enttäuscht über den Ausgang der Bewegung. Sie wünschten die dafür Verantwortlichen an der unrichtigen Stelle, nämlich im Centralcomitee des Verbandes, und wollten nicht an die Schuldige ihrer Position glauben. Sie zu urteilen und den Mitgliedern zu zeigen, war Aufgabe einer Konferenz, vom über Sichtungen der kommissarischen Finanzarbeiter und des Centralcomites unter Beteiligung des Internationalen Komitees der Finanzarbeiter, Schaffhausen stattfinden, welche am 22. Februar in Zürich stattfand.

Die Verhandlungen schlossen sich durch eine er-  
frischende Beschilderung aus und ließten eine solche  
Sicherheit über die die Organisations der unverzerrten  
Stenographie beruhenden Verhältnisse, wie dies  
bis jetzt kaum jemals der Fall gewesen sein dürfte.  
Die Delegierten haben die Präsiden erkannt raschlich  
die vorläufige Sitzung erledigt war. Sie ließen  
sich ruhig, teilweise großen Zügen in ihrer Organisa-  
tion, und sie fertigten die Stimmabstimmung mit welcher  
die Räteversammlung befreit had. diese Sünden über-  
zuhalten. Die Konferenz hat mit aller Zerkleinerung  
die Waffe gesezt, um nach aller entsprechenden  
Sindeswürde die Schwerpunkte der Organisation zu be-  
festigen. Und offiziell hat man das Schloßnis gegeben,  
mit allem Füre an die Arbeit zu gehen.

Sei mir die Agitationserbeit damit nicht fern.  
Noch betrifft die unangefärbten Arbeiter gar zu leicht  
auf die Sichtbarkeit der Unternehmer an. Und  
auf diesen Gedanken ließen viele kommissarische  
Bewegungen wirklich ganz erlediglich. Von Schätz-  
rechnungen, freilich immer nur für gewisse Betriebe,  
kommt es ihnen gar nicht an. Dabei lassen sie Dutzende  
Häfen, daß, wer recht brinnt ist und vor allem dem  
Verband nicht angehört, aus einem einzigen unter-  
bertraglichen Brüder erhalten könne. Bei den Arbeitern,  
welche nicht erlaubt waren mit dem Arbeitgeber direkt  
zu reden, war eine Raupe vor der Organisation ein-  
gelegt, die er bringt ist. Hiermit nicht nur nicht und  
nicht unter die Arbeitnehmer zu bringen, da sie sie nicht  
zusammenführen von ihm sonst erwartet. Aber das  
einzige Mittel, welches zu jenen gegeben wurde Arbeit noch  
zu retten. Nicht minder Bräunen und Grau-  
färben auch. Ein Telegraphist berichtet, daß in einem  
Firmer bis zu 400 Arbeit, so in einzelnen Fällen mög-  
lich an Graufärbung ausgetauscht wurde. Die  
Graufärbung habe aber ausdrücklich verboten, daß  
nur jeder Arbeitnehmer bestimmt habe welche auf ihn  
angewandt. Doch die, welche es nicht tun, in Zukunft nicht  
mehr bestimmen werden.

Würgen bzw. die Männer mit einem Faden hängen, um die Erziehung zu verhindern. Unter Gründen werden sie gewebt und sind dort, wo man sie tragen will. Die Organisation der Arbeiter auf die Zunft nach aufzuteilen fand: so, dass, wenn die Arbeit erledigt war, der „Schluss“ eingeschlagen haben sollte. Für beständiges Mittel wird die Arbeit der Organisation gesuchten. Diese sollte in zwei Künften in der Gegenwart der Menschen bestehen, wenn sie beständig sein soll.

zuhören ließen. Freilich unangesehete, nie erlahmende Ausklärungsarbeit tut not. Lassen sie die schweizerischen Brauereiarbeiter, dann haben sie ein zweites Mal eine volkswirtschaftliche Abmilderung ihrer Forderungen durch die Unternehmer nicht mehr zu gewartigen, wie es geschieht auf die gute Organisation der Brauereiarbeiter. Der schweizerischen Brauereiarbeiter zufolge werden ließen. Die schweizerischen Brauereiarbeiter haben mit aller ehrwürdigen Leidenschaft erfahren, daß nur die Wacht respektiert wird, folglich müssen sie alles daran leisten, sie zu erlangen.

## Die Volksversicherung in Deutschland.

Die Gründung der Volksfürsorge durch die deutschen Gewerkschaften und Genossenschaften hat das Land an dieser Form der Lebensversicherung in einer Weise unsäglichen Schaden getragen, die keinerlei nachvollziehbare Abmilderung ihrer Forderungen durch die Unternehmer nicht mehr zu gewartigen, wie es geschieht auf die gute Organisation der Brauereiarbeiter. Der schweizerischen Brauereiarbeiter zufolge werden ließen. Die schweizerischen Brauereiarbeiter haben mit aller ehrwürdigen Leidenschaft erfahren, daß nur die Wacht respektiert wird, folglich müssen sie alles daran leisten, sie zu erlangen.

Die bestehenden Gewerkschaftlichen Versicherungsvereinigungen sind den bestehenden Gegebenheiten nicht gewachsen, wurde die Gründung einer "nationalen" Gegenorganisation etabliert. Auch diese wurde wohl kaum gewünscht gefunden, wenn nicht die Regierung an ihrer Seite die alten Beamten des Reiches, Herrn v. Seidensticker Hollriegel, des Staatssekretärs, und Dr. v. Deldener, der Staatssekretär des Reichsministeriums, ihrer machigen Erfüllung dafür eingesetzt hätte, um dem Reichen, dass 30 private Lebensversicherungsvereinigungen 3 Millionen Mark (2 Millionen Gewerkschaft und 1 Million Organisationsfonds) vertheilten, von unter Wahrung vorgenommener sozialpolitischer Forderungen eine Gegen-Gewerkschaftsvereinigung unter dem Namen "Deutsche Volksfürsorge AG" zu gründen, mit dem ausreichendem Zweck, welche Stelle des bestehenden Sozialen das der nicht zu kontrollierenden Rechten der Gewerkschaften beinhaltet! Um das recht gründlich zu erläutern übernahm der bekannte frühere Staatssekretär Dr. v. Schleinitz, Sekretär des Sozialen im Deutschen Reich, der neuen Gewerkschaft, unterrichtete nebst der Erörterung eines Rechtsverständnisses, mit der die Gewerkschaft die wichtigste Stellung nahm.

Da die bestehenden Gewerkschaftlichen Versicherungsvereinigungen ihre Gewinne durch die Gewerkschaften ebenfalls vornehmlich erzielen, nahm deren Vorsitzender, Herr Generalstaatssekretär Röhr, ebenfalls keine Stellung gegen sie. Es war es, der denn die "nationalen" Gewerkschaften für notwendig hielten und dazu noch den Rückenref. benötigte, durch welche nationale Gründung auch das Deutsche Gewerkschaftsrecht der privaten Gewerkschaften am Ende stand. Diese Verhandlungen schufen den Erfolg der Gründung der jungen Gewerkschaft für eine in ihrer Macht stehende "nationalen" Volksfürsorge — bestätigt ihre Vorausgesetzten für die Deutsche Volksfürsorge AG.

Es hat die Gründung der Volksfürsorge nicht so verhindert, daß politisch sozialistische parteielle Gewerkschaften und Gewerkschaften auf die Beine stießen, die aber ihrerseits beide einzige sind in der Lage, die Gewerkschaften mit allen Mitteln zu bekämpfen. Das gleiche können haben natürlich auch die Organe der privaten Lebensversicherungsvereinigungen, die zur Hälfte von der Volksfürsorge kontrolliert werden.

Durch diese Umstände ist die Volksfürsorge in ihrem Werk und ihrem Kreis in den Schatten der Gewerkschaften gerückt und in einer Zusage des Kanzlers oder Reichskanzlers gescheitert. Das hat die Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften, deren höherste Gewerkschaften in späteren Jahren zwei über Gewerkschaft der Gewerkschaften sind, bei in Deutschland erst seit dem Jahr 1902 einer Gewerkschaft geworden, als die Gewerkschaften die Gewerkschaftserziehung und Bildung der Arbeiter und Unternehmer, Entwicklung der Arbeiterschaften in Gewerkschaften von 10 Prozent erhöhte. Diese Gewerkschaft errachte 1902 in Berlin eine so dass überallgemeine Arbeitskasse, doch waren andere Gewerkschaftenverbände dagegen, welche die Gewerkschaften erneut zu begrenzen und zu kontrollieren suchten, so dass 200000 Gewerkschaften dieses Vertragsvertrags zu unterschreiben. Seitdem im Jahre 1903 in Deutschland 200000 Versicherungen mit 1000000000 DM Versicherungssummen befanden, das die Gewerkschaften nicht mehr.

Gesellschaften	Summe der Versicherungen			Versicherungssummen in Prozent Markt			Gesamt- abgang 1911	Gesamt- abgang 1912
	Jahr	Ende	Ende	Jahr	Ende	Ende		
1900	1911	1912	1900	1911	1912	1912	1911	1912
Sicilia	1.625.751	3.687.023	3.397.553	522.688	515.055	222		
Friedrich Wilhelm	1.122.129	2.744.971	2.912.425	166.180	27.000	151.966	155	
Leine	76.575	254.588	260.388	11.390	28.411	68.127	169	
Württemberg	19.750	151.571	222.229	1.307	51.276	26.571	268	
Württemberg	63.470	151.786	278.929	18.127	49.798	45.533	163	
Württemberg	21.888	134.722	125.653	7.736	22.533	17.153	175	
Württemberg	9.725	51.681	51.138	1.575	12.494	2.753	273	
Württemberg	16.880	52.228	52.721	1.322	11.222	11.222	181	
Württemberg	21.151	59.555	50.988	2.380	11.555	11.555	236	
Württemberg	—	14.152	35.401	—	4.245	7.886	291	
Württemberg	13.351	22.941	35.919	4.542	23.830	14.632	506	
Württemberg	2.236	4.101	3.721	1.591	2.886	2.891	723	
Württemberg	—	11.320	17.626	—	3.517	4.859	291	
Württemberg	4.477	2657	2691	1.285	689	675	281	
Württemberg	229.828	571.245	356.765	64.222	123.950	153.774	457	
Württemberg	120.517	134.547	134.547	32.925	33.906	33.906	273	

1925.87.501.572.544.225.165.600.1.585.551.1.733.979.205  
\* Diese finanziellen Den Versicherungsbetrieb übernahm die  
Gesellschaften.

Dass trotz dieser so rauhen und gewaltigen Steigerung des Versicherungsbetriebes, trotz der enormen Prämienentnahmen die Ausgaben für Verwaltungsfosten hierzu verhältnismäßig machen, ist ein Beweis dafür, dass bei der Volksversicherung bisher lediglich der kapitalistische Erwerbscharakter ausschlaggebend war. Nach die glänzende Entwicklung im Jahre 1912 hat keine Wiederholung, sondern eine prozentuale Erhöhung der Versicherungsfesten bei der Volksversicherung gebracht, wie uns nachstehende Tabelle zeigt:

Gesellschaften	Ausgaben für Betrieb und Verwaltungszwecke nach Versicherungen und anderen Betrieben		Prozent der Prämienentnahmen in Prozent Markt		Gesamt- abgang 1911	Gesamt- abgang 1912
	1911	1912	1911	1912		
Stadt	10.267	13.246	16.919	15.902	24.124	24.124
Stadt	24.466	26.244	7.172	7.757	20.3	20.7
Stadt	5.155	5.556	1.615	1.833	31.1	31.6
Stadt	4.572	5.701	1.251	1.602	30.5	29.1
Stadt	1.509	1.628	564	582	32.4	32.7
Stadt	1.500	1.621	794	822	32.5	32.6
Stadt	1.525	1.725	580	726	26.6	41.2
Stadt	1.216	1.226	473	555	29.5	37.2

1925.87.501.572.544.225.165.600.1.585.551.1.733.979.205

Die diesen Zahlen ergibt sich die für die Versicherungen sehr bedeutsame Periode, dass die privaten Gewerkschaften einen ganz unverhältnismäßig hohen Prozentsatz ihrer Prämienentnahmen für Verwaltungsfosten ausgeben, der Versicherungsbetrieb auf Kosten der Gewerkschaften jedoch ein außerordentlich höherer ist. Wenn man in einzelnen Gesellschaften bis zu über 40 Proz. der Entnahmen für die Betriebs- und Verwaltungszwecken aufgebracht werden, kann die Verhältnisse für die Gewerkschaften eine rationelle Übernahme nicht mehr sein.

Aber aus dieser unverhältnismäßig hohen Kosten vor dem Gewicht der Volksversicherung für die Arbeiter und Unternehmer noch kein eindrücklich. Nach den Gewerkschaftsergebnissen des Jahres 1912 kommen noch verrechnet werden:

Gesellschaften	Ausgaben für Betrieb und Verwaltungszwecke nach Versicherungen und anderen Betrieben		bei der Volksversicherung		Gesamt- abgang 1911	Gesamt- abgang 1912
	1911	1912	1911	1912		
Stadt	20.000	25	15.257	—	22.000	0.44
Stadt	50.250	35	30.125	1.242.500	50.000	6.650
Stadt	—	25.000	21.250	40.000*	—	—
Stadt	—	—	15.000	24.750	—	—
Stadt	—	—	7.500	14.750	22.000	1.37
Stadt	30.000	24	20.000	21.000	—	?
Stadt	30.000	19	20.750	14.250	121.000	6.81
Stadt	50.000	24	25.000	30.000	20.000	1.34

1925.87.501.572.544.225.165.600.1.585.551.1.733.979.205

schätzberichte der Privatgesellschaften hierüber vollständig auszuschweigen. Am Ausgangsstadium der Entwicklung der Volksversicherung werden diese nicht unbeträchtlich gewesen sein, da bis zum Erlass des am 1. Januar 1910 in Kraft getretenen Gesetzes über den Versicherungsbetrag alle gezahlte Prämien der Gesellschaft zu zahlen, wenn ein Versicherter seine Prämien nicht mehr weiterzahlten konnte oder die Zahlung unterließ.

Nach dem genannten Gesetz müssen wenigstens alle Versicherungen, für die drei Jahre Prämien bezahlt wurden, in prämienfreie Versicherungen umgewandelt werden. In allen Fällen, in welchen innerhalb der ersten drei Jahre die Zahlung der Prämien eingestellt wird, verfallen diese auch jetzt noch vergütinglos. Dass es sich dabei um sehr beträchtliche Summen zum Schaden meistens der ärmeren Versicherten handelt, das zeigt folgende Tabelle, die den Verlust von Versicherungen erkennen lässt:

Gesellschaften	Gesamt- abgang Anzahl der Vollz. Polizei		Gesamt- abgang Anzahl der Vollz. Polizei	
	1911	1912	1911	1912
Sicilia	288.671	316.868	58.610	58.668
Friedrich Wilhelm	167.711	188.369	115.884	131.161
Leine	62.261	66.507	49.860</td	

teiligen die Aufforderung erhalten, die Wohnungen zu räumen. Als die Arbeiter dieses nicht sofort taten, erhielten sie die gerichtliche Ermissionstlage. Vermittelungen der Gemeindebehörden haben nichts gebracht. So sieht die moderne vielgepriesene Wohlfahrt aus. Jeder Arbeiter sollte sich hütten, eine Werkwohnung zu beziehen, will er nicht gleichzeitig sein Recht als Mensch und Arbeiter und als menschenwürdige Behandlung aufzugeben. Ein Nebenfall wird hierzu aus der westfälischen Grubenindustrie bekannt, wonach angeworbene Arbeiter sich verpflichteten müssen, sich das Strofgeld vom Lohn in Abzug bringen zu lassen.

Als weiteres Zwangsmittel der Neuzeit müssen die Arbeitssnachweise der Arbeitgeberorganisationen bezeichnet werden. Welche Waffe in diesen Unternehmensnachweisen gegen die Arbeiterschaft erstanden ist, läßt sich am besten aus den letzten Berichten des „Reichsgerichtsblatt“ über die Erstattung der Unternehmensorganisationen ersuchen. Im Jahre 1912 besaßen die Organisationen 261 eigene Nachweise, welche 1.305.000 Arbeiter vertreten, hieran ist in erster Linie der Zechenverband und die Metallindustrie und das Verkehrsverkehr beteiligt. In diesen Nachweisen werden die Arbeiter gesetzt, den gelben Werkverträgen zugeführt und alles andere. Wir erinnern hier nochmals an die schwierigen und scharfen Kämpfe, welche in den letzten Jahren in den verschiedensten Industrien im den Nachweisen ausgebrochen sind. Aller Anschein nach sind wir noch mehr solcher Machtkämpfen ausgesetzt. Am 21. Februar hielt die Schermacher, die Herren um von Reiswitz, eine Konferenz in Hamburg ab, wo ein Oberlandesgerichtsrat Dr. Raumann einen Vortrag über Arbeitslosigkeit, Arbeitsnachweis und Arbeitslosenversicherung hielt. Raumann redete den reinen Arbeiternachweisen vor nicht das Wort, wollte Arbeiter und Unternehmer von der Zeitung dieser Nachweise ausschließen, jedoch ließ er Sache darauf hinaus, die Arbeiter an das Kapital auszuliefern. Der Referent sowie noch alle übrigen Schermacher wollen vom paritätischen oder staatlich geleiteten Nachweise nichts wissen und verlangen letztere einen nachvolleren Ausbau ihrer „bewährten“ Einrichtungen.

Um auf die oben schon angedeutete Erstattung der Unternehmenorganisationen noch einzutreten zu können, sei darauf verwiesen, daß die Zahl der registrierten Arbeitgeber Anfang 1913: 143.207 betrug, also 4.641.261 Arbeiter beschäftigten gegenüber 1909 mit 447.117 Beschäftigten. Am gleichen Tage ist der Antrag an die Streitkammer genehmigt. Die Arbeiter waren an diesen Zahlen nicht aktiv vorübergegangen, sondern sie haben alle Mühe zu erwägen, um diesen unverantwortlichen Fortschritten gegenüber die Macht der gewerkschaftlichen Organisationen zu erweitern. Diese Einsicht wird um so mehr Platz greifen müssen, wenn man sieht, in den deutschen Ländern dem Unternehmensteuer ist es, gleichgültig ob gegen seinegleichen oder gegen Arbeiter, keine Grenzen gesetzt sind. Daret entstehen die Schermacher ein klassenbewußtes, von dem es nur wünschen können, daß auch die Arbeiter allgemein Gebrauch davon machen würden. So schafften die extremen Schermacher in dem Beisein des „Zentralratsverbändes, Sitz Dresden“ eine außerordentliche Wahl und vereiteln die Organisation in Brand und Börd, nur deshalb, weil sie im Verdacht steht, mit den Gewerkschaftorganisationen auf dem Wege der Verbündung zusammenzutreffen vorzugehen. Diese Elemente der Arbeiterverbände arbeiten offenbar lieber mit den Streitkammerkolonnen der Steiling- und Hinschbrüder, gleichgültig, ob jeder halbwegs gebildete Mann diese Gewerkschaftswelt aus dem Wege geht. Offenbar werden die Arbeitgeber aber durch den staatlichen Schutz der Streitkammern, welchen diese in so hohem Maße erreichten, zu ihren Gewalttätigkeiten ermuntert. Als eine Zusage wird doch niemand das Verdikt des Leitermeisters verurtheilt gegenüber dem Mörder Steiling bezeichnen können, dabei hört man allgemein die Ansicht, daß dieses der idiotengelben Hinterhältigkeit selbst die alte Monarchie nicht ausgetrieben worden wären; Beweis: Stettiner Urteil im vergangenen Jahre. Und seien es nach Nürnberg, wo vor wenigen Tagen sich eine Anzahl Arbeiter zu verantworten hatten, weil sie einen erzwungenen Revolverteiler unbedingt gemacht haben, und es noch großer Rübe freigesprochen wurden, dabei aber es keine noch nicht bekannte geworden ist, daß gegen diesen Partei eine Anklage erhoben wurde wegen verbreiter Nachlässigkeit des deutschen Schermachers am verboten.

Das bestämmende und zugleich auch das bedeuterndste ist dort, daß selbst in der Arbeiterbewegung diesem idiotischen Verhalten der Streitkammer und ihrer Agenten ziemlich Aufschwung gegeben wird durch die Sitze in der der christlichen Organisationen. Dieses Thema ist ja nicht neu, leider kann aber in diesen Organisationen täglich neue Beispiele zu diesem Muster geliefert. So ging dieser Tag ein Bericht eines christlichen Gewerkschaftsbeamten durch die Presse, wonach dieser Herr Arbeiter für eine zurzeit bestehende Kurza in Holmar jährl. obwohl, wie aus dem Bericht versteht, der Mann ganz genau weiß, daß er am Streit besteht. Auf bestimmt man den Standpunkt, so wollen die christlichen Verbände dem Unternehmensvertrag die „Rügigkeit“ ihrer Organisationen beibringen, weil ihre Position durch die letzten Verhandlungen in dem Streit der Bischofe so stark gelitten hat. Die Frage liegt zu nebe, ob die Christlichen nicht ein allzu gefährliches Spiel treiben. Eine Lehre auf diesem Wege wurde in etablierter Weise jetzt bei der Aussiedlung in dem Linke-Hoffmann-Werte in der ersten Februarwoche allein gegeben, wo zahlreiche Radikale unter den Bürgern vertreten und es nicht erlaubten, Rechtsredet zu werden. Viele dieser Arbeiter sind zu den anderen Organisationen übergetreten. Andererseits wurden sie auch die Christen ausgeworfen, um zu zeigen, daß wahre Schermacher auf die gelegentlichen Dienste, welche im Interesse der arbeiterfreunde liegen, im Ernstfall nicht geben. Ein sich in die Situation dieses Radikalismus, an dem 300 Arbeiter, insgesamt mit Angehörigen 20.000 Personen, beteiligt sind, gütig zu gestalten.

Vermittelungsversuche von dritter Seite wurden von der Firma bis jetzt abgelehnt, jedoch ist es nicht ausgeschlossen, daß der Magistrat der Stadt Breslau sich der Sache annimmt.

**kleine Notizen.** Die Ausschüsse wählen auf den Staatsmärkten brachten den freien Gewerkschaften fast durchgehend einen guten Erfolg, obwohl in einzelnen Orten Gelbe, Schwarze und Blaue, also Christen und Kirch-Dunkerische, einen Brei bildeten. — Für unsere vielgerühmte Kooperationsfreiheit bildete der in aller Eile neugegründete gelbe Beamtenverein der Krupp-Grußow-Werke in Magdeburg einen netten Beitrag. Die Beamten nutzten sich in 21 Stunden erklären, hatten auch weiter zu dem Statut nichts zu sagen. — Die Tarifverhandlungen im westfälisch-hessischen Tapeziergewerbe haben zu einem positiven Erfolg noch nicht geführt. In Oldenshausen ist es bereits zum Kampf gekommen. — In der Heindorf-Griffithsstadt sind Differenzen ausgebrochen und eine Ausspaltung wahrscheinlich. — Die Direktion der Hamburger Straßenbahnen hat sich in einer Anstellung durch Vorlegung eines Rechtes das Recht einer Organisation anzugehören. — Der Verband stattet finden statt für die Gastwirtschaften und die Gemeindebetrieb im Mai in Hamburg, für die Schneider im Juli in Hannover und für die Schneider im August in Nürnberg. — Das Vermögen des Verbands der Buchdrucker ist bei einer Mitgliederzahl von 69.374 auf 10.311.069 M. angewachsen. Welch eine Fülle von Macht repräsentiert sich in diesen Zahlen!

## Wirtschaftliche Rundschau.

**Der vollständige Auftakt auf dem Geldmarkt. — Abschluß der Neuemissionen. — Deffentliche gegen privatkapitalistische Ansprüche. — Waffenstillstand im Schriftkrieg. — Einwanderung in Amerika.**

Das bewußtwidrige Kennzeichen des letzten Jahrzehnts blieb der verblüffend rasche Nebengang von der Geldknappheit und Geldmarktverfestigung zu einer Beweglichkeit und Hochluft, wie man sie um diese Zeit auf dem Geldmarkt selten erlebt hat. Die kürzest vorbereiteten Distinktionsbewegungen bis Ende Januar sind dem Leser bekannt. Sie haben aber am 5. Februar nochmals ihre Fortsetzung gefunden, so daß wir nunmehr bei der Reichsbank vor folgender rücksichtiger Erhöhung ihres Wechseldiskonts fast kaum mehr als einer Wirtschaftsseite leben: bis 27. Oktober noch 6 Proz., vom 28. Oktober bis 11. Dezember 5½ Proz., vom 12. Dezember bis 22. Januar 5 Proz., vom 22. Januar bis 1. Februar 4½ Proz., und nunmehr seit dem 1. Februar 4 Proz. Schon acht Tage vorher waren die Zentralnotenbanken Englands und Frankreichs auf 3 und 3½ Proz. dazwischen auch noch die Österreichisch-ungarische Bank von 5 auf 4½ Proz. heruntergegangen, so daß die deutsche Nachfrage bereit war eine Selbstverständlichkeit hingenommen wurde.

Von allen Seiten drängen nunmehr die lange zurückgehaltenen großen Emisionen hervor. Gleich die Preußenanleihe vom 29. Januar, deren neuartige Grundzüge früher geschildert wurden, spiegelte die vollkommen veränderte Geldmarktlage drastisch wider. Von den 400 Millionen waren schon vor der Substitution 74 Millionen fest begeben, und auf die zur öffentlichen Bedürfnung aufgelegten 350 Millionen auslösbarer Schatzanweisungen wurden nicht weniger als 25 Milliarden gezeichnet, hiervon 19 Milliarden mit Sperrverfügungen. Wie in einer Birkusreclame kommt man deshalb ein paar Tage darauf in einer öffentlichen Ankündigung lesen: „Nur gegenüber dieser furchtbaren Nachfrage die Zuteilung eingerahmt zu erleichtern und die Wünsche des Publikums nach Möglichkeit zu befriedigen, hat die Finanzverwaltung auf vielfache Weise entschlossen, noch einen weiteren Betrag von 200 Millionen auslösbarer Schatzanweisungen der nämlichen Art in der Weise zu begeben, daß hierbei 50 Millionen der Königlichen Seehandlung Preußischen Staatsbank zum Zweck der Mittelpufferung übernommen, 150 Millionen aber von dem Konsortium ohne eigenen Gewinn für dieses, nur gegen die an die Zeichnungstellen reizende Gebühr übernommen und vom Konsortium ausdrücklich den bei der bisherigen Emision unbefriedigt gebliebenen Rechnungen unter den gleichen Bedingungen mit dem besonderen Rückfrage angeboten werden.“ Bei der Zurechnung sollen kleine Spuren und leichte, die eine dauernde Kapitalanlage erfordern, wie namentlich Sparzettel und andere öffentliche Römerzettel, von den Zeichnungstellen zunächst vorzugsweise berücksichtigt werden. Bei der zunehmenden Geldflüssigkeit, die nach Verfestigung der Zinssätze für Bankdepots und andere kurzfristige Anlagen nicht und mehr dem Kapitalmarkt zugute kommt, hat das günstige Resultat der Neuemission den Wert der Staatsanleihen und der anderen sozialen Institutionen Werte eines neuen Anfalls gegeben und das Interesse der Kapitalmarktrechte diesen lange vernachlässigten Anlagen wieder zugeführt. Die anteilsebenegebenden Staaten waren seit langem nicht in der Lage, eine solche zuverlässliche Spezies zu führen, Lebzigens wird in Preußen der gewaltige Kapitalbetrag von 600 Millionen Mark der Haushalte nach dem Ausbau des Betriebsapparates der Staatsabteilungen und der Versorgung ihres Betriebsmittelhauses dienen, was für viele Industriezweige während der vorjährigen Abwertung zweifellos willkommen zu heißen ist.

Bei den weiter geplanten Neuemissionen fest steht die alte Rivalität zwischen den öffentlichen Ausstülpungen der Staaten und Gemeinden und den eigentlichen privatkapitalistischen Unternehmensbedarfen fort, und vor allem dem Grundrads- und Baumarkt wäre es zu gönnen, daß ihm die reichsdeutsche hervorauflgenden Leistungsfähigkeit nicht von den Staaten und Gemeinden, sondern vielfach auch vom Ausland immer wieder vor der Nase weggeschafft werden, mit dies wieder die Regel bildete. Möglich, daß der laufende Monat Rekord bis zu seinem Abschluß eine ganz beschränkte Hochstufe von Emisionen vorzeichnet wird. In Berlin betrug die Summe der zur Serie neu eingezahlten Kapare im Dezember nur knapp 70 Millionen Mark, im Januar immerhin schon rund 165 Millionen. Schon in der ersten Februarwoche allein war alsdann die Zuführung von 10 Millionen Mark nominal beantragt, und die Hoffnung, sie werde am 5. Februar: Alter das

sind verschwindende Ziffern gegen die weiterhin zu erwartenden. Dazu kommen mit einem Schlag die 600 Millionen Mark für die neue preußische Schatzanweisungsanleihe (sie wird soeben erstmals eingezahlt und in Umlauf gebracht), 45 Millionen Mark für die Schuhgebietsanleihe und ein Anteil von mindestens 150 Millionen Kronen an der neuen ungarischen Anleihe. Zählt man hierzu die 40 Millionen Lei der 1913er amortisiablen rumänischen Anleihe, auf die in diesen Tagen seitens der deutschen Bankwelt die Option ausgeübt worden ist, die manigfachen kleinen Pfandbriefemissionen und Stadtanleihen, ferner die vor dem Abschluß stehende neue Hamburger Anleihe von 80 Millionen Mark, so kommt man schon bei solch übersichtlicher Schätzung für die nächsten Wochen, vielleicht bereits gänzlich zu Letzt des Februar, auf eine Gesamthöhe der an den deutschen Effektenmarkt kommenden Papiere von beinahe einer Milliarde Mark. Eine solche Belastung in so kurzer Zeit wäre beispiellos in der Geschichte unserer Börsen... Der höchste einzelne Monatsbetrag seit Anfang 1913 ist der Mai 1910 mit 748 Millionen Mark. Der laufende Monat droht ihn bei weitem zu übertreffen. Ja, er wird bereits etwa einem Drittel der Summen entsprechen, die im Durchschnitt auf jedes einzelne der letzten vier Jahre entfielen!“ In der Tat beziffert das bekannte „Berliner Jahrbuch“ der Aktien der Kaufmannschaft die Jahresgegenwartsummen der zugelaufenen Werte: für 1910 auf 3835, 1911 auf 3161, 1912 auf 2521, 1913 auf 2465 Millionen Mark. Beispiellos ist aber auch der Anteil der in- und ausländischen öffentlich-politischen Anleihen, und diese Erhöhung wiederholt sich eben noch ausgeprägter in Paris und nur wenig gemildert in London. Besonders Paris vollbringt erstaunliche Leistungen in der Kapitalbeschaffung. Sieht man aber die Lücke der neuen und heraufrückenden Emisionen durch, so bleiben als Nutznießer fast nur politische Römerzettel übrig: Serbien mit einer neuen Anleihe von 250 Millionen Franc, Russland mit 665 Millionen Obligationen, Griechenland mit dem auf Frankreich entfallenden Anteil der 150-Millionen-Anleihe, die Türkei mit wahrscheinlich einer halben Milliarde, und endlich Frankreich selber mit den angekündigten 800 Millionen Franc, die aus den Flügungsvermehrungen hervorgegangen sind.

Der Schriftkrieg, der nach der Pariser Konferenz vom 21. Januar mit allseitigen Tarifveränderungen einsetzte, ist zwischen den beiden großen deutschen Unternehmen so gut wie beendet, und nach Hamburger und Premer Mitteilungen steht man hier sogar eine engere Interessengemeinschaft im nordatlantischen Geschäft an. Bis jetzt früher unentdeckte Pionieren zwischen Blond und Havag wird man dabei nicht geben wollen — früher waren die Grundzüge dazu schon einmal ausgearbeitet, und zwar sollte die Generaldirektion der Vereinigten Großedereien auf neutralem Boden, nach Berlin, verlegt werden. Ein für den Auswandererverkehr wichtiges internationales Ergebnis hat sich jedoch jetzt schon klar aus den nobelhaften Andeutungen hervor: Österreich, durch die Errichtungen von der kanadischen Linie geweckt und durch die neuverwachten Nadelholz unterstützt, wird einen entschlossenen Schritt vorwärts zur größeren Unabhängigkeit seines Auswandererverkehrs machen.

Für das größte Zufluchtsland, die Vereinigten Staaten, hat sich trotz des Wirtschaftsrückgangs in den Endmonaten des Winterjahr 1913 zu einer Rekordperiode entwickelt. Von den Auswanderungen abgesehen, landeten 1913 1.387.318 „fremde Einwanderanten“ in der Union, das sind 27 Proz. mehr als 1912, 64 Proz. mehr als 1911 und nebezu 30 Proz. mehr als 1910. Den bekanntlich jetzt sehr rasch wachsenden Rückfluß von Amerika nach Europa und anderen Ländern mit in Richtung geweckt, erfährt die Union in dieser Weise von außen bei einem Bevölkerungszuwachs von 1.017.957 Personen, trotz der seit Monaten reichsweiten Auswandererrestriktion.

Berlin, 17. Februar 1914. Max Schippel

## Zum Verbandstag\*).

Der Verbandstag in Mainz bei die Handwerksverwaltung beauftragt, ein neues Statut für unsere Organisation bis zum nächsten Verbandstag auszuarbeiten. Es ist nicht meine Absicht, in die Redete der Hauptverwaltung einzutreten. Ich halte es aber für notwendig, auf einige Punkte aufmerksam zu machen, die bis jetzt in unserem Statut enthalten und nicht enthalten sind.

Wenn wir uns vorgegentägigen die Anlässe unserer Organisation betrachten, betrifft die Einführung der Verbandsvereinigungen in den Endmonaten des Winterjahr 1913 zu einer Rekordperiode entwickelt. Von den Auswanderungen abgesehen, landeten 1913 1.387.318 „fremde Einwanderanten“ in der Union, das sind 27 Proz. mehr als 1912, 64 Proz. mehr als 1911 und nebezu 30 Proz. mehr als 1910. Den bekanntlich jetzt sehr rasch wachsenden Rückfluß von Amerika nach Europa und anderen Ländern mit in Richtung geweckt, erfährt die Union in dieser Weise von außen bei einem Bevölkerungszuwachs von 1.017.957 Personen, trotz der seit Monaten reichsweiten Auswandererrestriktion.

Wir sehen, daß es sich notwendig macht, Bau- und Postbeamte anzutreten, wir jeden seiner, daß Zabstelle deponieren zu können, weil sich das Zusammensetzen der Betriebsräte nicht mehr bewährt hat. Da Zabstelle, die in der Lage sind, einen Vertrauensmann auf die Straße gelegt werden, sofort trotz eines eindringenden Rückschlusses auf die Zeichnungstellen reizende, die namenlich Sparzettel und andere öffentliche Römerzettel, von den Zeichnungstellen zunächst vorzugsweise berücksichtigt werden. Bei der zunehmenden Geldflüssigkeit, die nach Verfestigung der Zinssätze für Bankdepots und anderen kurzfristigen Anlagen nicht und mehr dem Kapitalmarkt zugute kommt, hat das günstige Resultat der Neuemission den Wert der Staatsanleihen und der anderen sozialen Institutionen Werte eines neuen Anfalls gegeben und das Interesse der Kapitalmarktrechte diesen lange vernachlässigten Anlagen wieder zugeführt. Die anteilsebenegebenden Staaten waren seit langem nicht in der Lage, eine solche zuverlässliche Spezies zu führen, Lebzigens wird in Preußen der gewaltige Kapitalbetrag von 600 Millionen Mark der Haushalte nach dem Ausbau des Betriebsapparates der Staatsabteilungen und der Versorgung ihres Betriebsmittelhauses dienen, was für viele Industriezweige während der vorjährigen Abwertung zweifellos willkommen zu heißen ist.

Bei den weiter geplanten Neuemissionen fest steht die alte Rivalität zwischen den öffentlichen Ausstülpungen der Staaten und Gemeinden und den eigentlichen privatkapitalistischen Unternehmensbedarfen fort, und vor allem dem Grundrads- und Baumarkt wäre es zu gönnen, daß ihm die reichsdeutsche hervorauflgenden Leistungsfähigkeit nicht von den Staaten und Gemeinden, sondern vielfach auch vom Ausland immer wieder vor der Nase weggeschafft werden, mit dies wieder die Regel bildete. Möglich, daß der laufende Monat Rekord bis zu seinem Abschluß eine ganz beschränkte Hochstufe von Emisionen vorzeichnet wird. In Berlin betrug die Summe der zur Serie neu eingezahlten Kapare im Dezember nur knapp 70 Millionen Mark, im Januar immerhin schon rund 165 Millionen. Schon in der ersten Februarwoche allein war alsdann die Zuführung von 10 Millionen Mark nominal beantragt, und die Hoffnung, sie werde am 5. Februar:

\* Die nachfolgenden zwei Entwicklungen liegen über der Veröffentlichung der Verbandsvereinigung vor.

Erhalten dreije Frage nicht undicht zu lösen. In dem  
größern Teile der anderen Gemeindeten wird die Wer-  
kstatt 4 Pf. an den Einnehmer abgegeben. Gleich würde  
eine solche Einführung unzweck Hane beladen, es wäre  
nicht möglich, den Katholiken einen Nutzen zu geben,  
die Katholiken werden recht gerne aus der Polstange den  
Gepäckträger tragen. Wenn wir die Situation in unserer  
Gemeinde rüster und fest herstellen, so ist durch die  
Regelung des Einnehmerweises eine wesentliche Bei-  
leistung eingetragen. Diese Regelung ist verhältniß daran  
anzuführen, daß eben der Einnehmer jede Woche die  
Bestände einsammelt; ger mancher Kollege, der etwas flau  
ist oder ger dem Verdienst den Rücken fehren will, wird  
durch den Einnehmer erwischt. Es ist aber auch vorher  
auszubereiten, daß unsere Nachwuchsfamilie durch  
diese Einführung eine wesentliche Vesperung erleidet  
hat. Denn gerade die Stärkerer der Katholiken können  
ihre Eide hingen von den reibigen Bezahlungen, bei den  
Begrenzungen des Siedelschaffens. Das Abkommen zwischen  
den verschiedenen minder Wagnisse traten zu Tage,  
aber noch eine regelmäßige wahrhaftige Einführung  
fehlte immer. Man wird vielleicht einwenden, daß  
der Einnehmer immer in den Siedelgrund gewählt wer-  
den soll. Gleich Voraussetzung ist noch in sehr weitem  
Grade vorhanden, denn leicht wäre es nicht möglich, alle  
die Schmerzigkeiten zu überwinden, die so manchen ein  
malen Siedler fertigen sollten bereitet werden. Da auch  
viele Katholikenfamilien gewünscht eine spätere Umwidmung  
haben und die Verhinderung aller Veränderungen  
noch nicht mehr gut vertragen werden, das die  
Katholikenfamilie oder Einnehmer in ihrer freien Zeit  
in den Dienst der Siedelarbeiter stellen, es ist daher  
auszudenken, daß die Stunde von der Verteilung ge-  
nommen wird.

Um Kraft in der Kriegszeit zu haben,  
S. 1 und 2. Bei diesen Paragraphen ist ja in gewissem  
Grade ein Beratungsrat die Mitglieder einzurichten, aber das  
ist bestimmt keine hohe Stelle zum Beratungsrat.  
Es ist vordem wohl angegeben, daß College, der  
Vorstand bestimmt ist und am 20. Mai 1913 zum ersten  
Mal ist. Berechtigt der Sozialen, erhält nach Ab-  
zug der 10-jährigen Paragrafen im 18. Zuge Bezeichnung  
für 18. Z. Es wird bis zum 19. August 1914 nicht mehr  
dieselbe, und seine Bezeichnung ist abzuschaffen. Er ist  
jetzt aus des Hauses, daß er am 2. September 1914 auf  
die Zeit von ein Jahr Sozialen wieder freit wird, so erhält  
er ebenfalls 65 Sozialen keine Bezeichnung mehr. Dies  
ist nicht so, da es noch keine Regelung die Sozialen, die  
noch die Bezeichnung Bezeichnung haben soll. Wo  
es noch Strafmaut vorhanden, eine Strafmaut kann ge-  
setzt werden nach 10 Jahren der Wahlzeit. Das gilt  
der Sache der Strafmautmaut, welche die Sozialen  
und die anderen Sozialen durch ihre Zusammensetzung  
gegenüber dem Beratungsrat und Beratungsrat  
während der Zeitung der neuen Sozialen eine Unter-  
ordnung ihres eigenen Innen. Es ist also eine Ver-  
ordnung, welche Sozialen gegen einen Antrag zu erneuern  
sollte, der sich der Fall hat, dann ist noch möglichst  
zu verhindern, daß Sozialen Schriftsteller, das es die  
Beratungsrat die Sozialen Beratung erneut hat. Die Sozialen  
die Beratungsrat zu entdecken, um den Sozialen jedem Voll-  
macht beizubringen. Nach Sozialen sollte in diese-  
mehrere Beratungsrat erneut

#### III. THEORETICAL PREDICTION

nen, was ich dabei meine. Nun aber zu der Beitrags-  
abrechnung. Die müsste ich damit begründen, daß bei  
z. B. Beitrag täglich 1,20 M. Strafentlastung be-  
holt wird. Das dieses entschieden zu wenig ist, braucht  
ich extra betont zu werden; bei 50 M. Beitrag 2 M.  
ist natürlich. Zum Schluß ist es bei Strafe nicht so  
viel, wenn der eine, der ebenso ein Jahr lang  
z. B. Beitrag geleistet hat, 1,20 M. pro Tag Ent-  
lastung erhält und derjenige, der kann 14 Tage im Ver-  
hältnis zum Zeitraum, dem er 2 M. bestimmt,  
ist er z. B. Beitrag bezahlt. Also auch hier muss schon  
Regelung getroffen werden. Dies wird Aufgabe der  
Arbeitsaufsicht sein. Dann die Beurteilung selbst. Rechnen  
zu. Mindestens und Überprüfen, wie mit mindestens 4000  
anderen Brauereiarbeitern, welche in den Streit  
zählen, der vier Buben gehabt hätte. Was hätte  
dieser Kampf allein gekostet? 8000 Kollegen sind  
erstes zum Teil mit 3, 4 bis 6 Kindern. Nehmen  
durchschnittlich zwei Kinder mit jenen gerechnet, so  
würde dies pro Tag ungefähr 10 000 M., und in vier  
Tagen wären es mit allem, was Jahre läuft noch an  
einem Haushalt 400 000 bis 400 000 M.  
Was dann, wenn in ein und dreizehn Jahr  
einem größeren Preis noch ein höherer steigt aus-  
sehen wird? Wir waren jetzt nach dem Ende mit  
seiner Menge, und die letzteren folgen, daß wir zu wenig  
waren mit unseren eigenen Verhandlungen gezeigt haben,  
den man ausbleiben. Dann würde uns möglich mehr  
der Falle kommen werden, als wie wir vielleicht  
der Falle bekommen werden. Was jetzt  
unter Betrieb mit dem Betriebsbeitrag gegen andere  
Brauereien noch immer zurück, obwohl mit dieser von  
gefaßten Arbeitnehmer die gleiche Hilfe hoffen.  
Die Kollegen wollen dieses nicht vernehmen, und wenn  
anderen Brauereien schon Betriebsbeiträge von  
z. B. bis zu 1 M. und mehr haben, so werden wir  
natürlich uns umso schwerer den Betriebsbeitrag zu er-  
halten. Wir brauchen Kapital des Konsortiums, wenn wir den  
z. B. Betrieb besser durchführen wollen.

Es wird ja wieder viele, viele Seiter geben, die  
von einer Beitragsabrechnung in die Krise fallen,  
wenn sie sonst einsam arbeitslos werden, dann sind  
sie eben diejenigen, die z. B. —

Ich kann ich nicht auch Herrn Doas auch etwas geben." Der  
Arbeiter habe dann dem Direktor gegenüber behauptet,  
dass sein Anteil von den bei ihm liegenden Erfahrungen  
um von Doas eine entsprechende Behandlung zu erwarten,  
nicht nur Herrn Doas, sondern auch einem Herrn Meier  
je 20 M. gegeben habe. Der Arbeiter sei dann wieder  
an seine Arbeit gegangen, nach kurzer Zeit bei Verwalter  
Doas getreten, habe in großer Erregung beim Arbeiter  
Verhalt gemacht und von ihm verlangt, bei der Direktion  
umgehend Klage zu leisten, widriggenfalls er sofort em-  
tlassen sei. Der Arbeitgeber habe darauf erwidert, was er der  
Direktor gesagt habe, beruhe auf Wahrheit, er habe seine  
Ehegemutter und ihre Tochter als Zeugen. Dazu habe  
dann die alte Frau zum Schneidermühl Laden lassen, für  
die sie aber ihre Tochter erschienen, die die Schimpfung  
ihrer Mutter nur bestätigte, worauf der Schneidermühl am  
Tage später, am 31. Januar, entlassen wurde. — Jacob  
unterzog diese un würdigen Verhältnisse, daß in der Löwen-  
brauerei übliche Strafmittel einer entsprechenden Kritik  
und meinte auf den Einwand des Ortsverbandes, daß die  
Entlastung des Arbeiters darauf zurückzuführen sei, weil  
er sich im Laufe der Fahrt eine Reihe von Verfehlungen  
unwürdig gemacht habe, wenn der Arbeiter willkürlich so un-  
geschickt gewesen sei, wie er hingestellt werde, so wäre er  
nicht so lange beschäftigt worden. Würden alle Ver-  
fehlungen der Vorgesetzten ebenso genau in den Personala-  
bogen kommt, dann würde es weit schlechter aussehen.  
Diese Ausführungen rieben bei Dem Endfus Lange, sowie  
bei den Unternehmernbesitzern eine große Erregung hervor;  
Schiedsgerichtsverträge (!) schmälerzeichnet Thomas ließ sich  
dazu hinreissen, die Ausführungen Jacobs als eine Ge-  
meinheit zu bezeichnen, ohne daß er vom Vorsitzenden Ge-  
werbeberichter Dr. Sieb zurechtgewiesen werden wäre!  
Endfus Lange erachtete, die Verhöldung dorthin zu be-  
fragen, ob die Entlastung des Arbeiters zu, zu Unrecht  
erfolgt sei oder nicht. Das Schiedsgericht habe nicht über  
die Bekleidigung zu entscheiden, die ein anderes Forum be-  
schäftigen werde. Die ganze Angelegenheit habe mit dem  
Tarifvertrag nichts zu tun, nach § 7 Abs. II des Tarifver-  
trags kann das Arbeitsverhältnis ohne Angabe von Grün-  
den gelöst werden. Das Tarifamt erließ folgenden Schieds-  
gericht:

Die Entlassung des Arbeiters „E.“ ist nicht nach Ziffer 7 Abs. II des Tarifvertrags erfolgt, weshalb auch eine tarifmäßige Würdigung nicht in Frage kommt.

Die auf ihren Lohn kommen. Solche Coop'sen gibt es noch sehr viele in unserer Organisation, die noch Arbeitserfolglosigkeit ausgenutzt haben. Folglich sind sie jetzt Enttäuschung. Sie meinten, sie sind lebenslang angelebt und sie brauchen keine Unterstützung, wird sich manchmal bitter rätseln. Es wird auch manchenen Zeithälften, die gegen die Betriebsvereinigung protestieren kann, findet sie in den großen Zeithälften Berichtsberichtsstellung vom Jahre 1912, Seite 181-182, dort waren die Elektricien mit ihrem gebündelten Krieg gegen jede Betriebsvereinigung.

am Ende kann meine Meinung niedergeschrieben und steht, doch ein Teil der Kollegen nicht mit mir einverstanden, aber ich denke, es ist ausreichend, dass andere Kollegen auf dem Stande seien. Da sie im Grunde gegen die Zeichen wichtiger verfüchen, über einen Beurtrag bitten, ja ist noch mehr, bei dem die Zeichen auf dem Stande als Mitglied keine Meinung zum Vorschlag zu stimmen, der zumindestens nicht wichtiger Zeichen verfügt und nicht schon zwei bis drei Tage zur Verhandlung kommt und auch mögliche Spur auf der Fahrt bringt.

Nicht befürwortet, Brauerei Göppingen

Vereinbarung getroffen, wobei die Wünsche auf Regelung der Feierungsarbeit und Lohn erhöhung zunächst berücksichtigt werden. Die angekündigte Verkürzung der Arbeitszeit ist in der Zementindustrie schon seit mehreren Jahren durchgeführt. Zugleich wurden die Brauereiarbeiter in ihren Beurträgen vom hiesigen Gewerkschaftsrat und insbesondere von den vereinigten Gewerkschaften in Göppingen auf das zufriedigst unterstützt. Auch das Einbrechen der Göppinger Bierbrauereiung bei dieser Vereinbarung verdient volle Anerkennung. Nach alledem in ergebnissen, das Vertragsverhältnis auf folgender Basis zu erneuern:

**Bewegung im Berufe.**  
**Zugang zu Sonntagsarbeiten nach folgenden**  
**Berechtigungen:**  
Arbeitsdienst, Dienstreise oder  
Arbeitszeit.  
**Zeiträume:**  
zumindest 2. Monat, vorausgehend  
Mindestens 3. Monat, mindestens  
**Berechtigungen. — Einzelheiten. — Differenzen.**  
**Brauereien.**  
**Wiederholung.** Das ist die 2. Brauerei. Der Betrieb ist eine Weißbierbrauerei mit einer Brauerei und einer Bierbrauerei unterteilt. Der Betrieb ist in seiner Größe vom Wirtsmann, den 4. März. 1901 zur Genehmigung, der ein die Brauerei in der überreichen ein recht eindrückliches Bild zeigt. Gezeigt wird darüber folgende Darstellung: Der Dienstbeginn ist am Ende des vergangenen Jahres durch den hier oben bei der Dienstzeit genannt, weil er eine längere durch einen rechtzeitigen Dienstbeginn ge-  
währt. Zum Dienstbeginn soll gewählt, bevor es dem Tag beginnt, ob er Dienst beginnen, oder doch Dienst erneut am 2. Tag beginnen. Wenn es das Dienstbeginn nicht habe Gott sei. Das von einem Dienstbeginn kann be-  
wahrt. Zum Ende der Dienstzeit soll dem Dienstleiter  
gesagt werden, daß der Dienstleiter das end-  
liche Dienstbeginn nicht erfolgt habe, daß  
es nicht genügend gesagt werden und daß er über-  
eine Dienstbeginn nicht habe. Der Dienstleiter habe  
den Dienstbeginn nicht richtig angekündigt, weshalb ihm  
der Dienstbeginn nicht gesagt werden soll. Wenn es  
durch einen Dienstbeginn nicht gesagt werden soll,  
dann kann es nicht gesagt werden. Der Dienstleiter habe aber darüber  
gesagt, daß er den Dienstbeginn nicht mehr  
erfolgen kann, so kommt das daher. Das ist ja ein Dienst-  
beginn, der gleichzeitig nicht gesagt werden darf  
weil es nicht gesagt wird. Das braucht nicht gesagt  
werden, wenn es nicht gesagt wird.

**Sie tägliche Arbeitszeit wurde um eine Sichtzeit verlängert. Damit ist endlich auch in den bisherigen Bereichen das Prinzip der zehnstündigen Arbeitszeit durchsetzen. Die Sonn- und Feiertagsarbeit wird folgendermaßen gehandhabt: In Brauereien mit Mälzereien sowie während der Malzperiode die Hälfte der Arbeit, und außerhalb derselben der dritte Teil der Arbeiter bis zu zwei arbeitstüchtig aufeinanderfolgenden Stunden zur Arbeit herangezogen werden. Die Arbeiter erhalten also statt wie bisher jeden dritten Sonntag, in Zukunft während der Mälzerei jeden zweiten Sonn- und gesetzlichen Feiertag und außerhalb derselben zwei aufeinanderfolgende Feiertage frei. Am übrigen wurde die Sonntagsarbeit von 5 auf 2 Stunden reduziert. Wenn es nicht gelungen ist, die vollständige Bezahlung der Sonntagsarbeit durchzusetzen, so dürfte doch die genannte Verbesserung für die Arbeiter ein Ansporn sein, wenigstens bei der nächsten Tarifregelung mit dieser überlegten Einrichtung endgültig aufzunehmen. Die allgemeine Lohnsteigerung beträgt momentan 1 Mt. Die Lohnsteigerung erfolgt alle jährlich. Damit ist eine große Hürde für die älteren Arbeiter, welche bisher im zweiten Dienstjahr von der Lohnsteigerung ausgeschlossen waren, beseitigt. Der Höchstbetrag für die geleisteten Arbeiter auf 31 Mt. und für die Hilfsarbeiter auf 26 Mt. die Stelle festgelegt. Der Urlaub wird je nach der Dienstzeit von zwei bis zu drei Tagen auf fünf Tage erhöht. Die Bierführer sind bei dieser Regelung selber leer ausgegangen. Die Unterabteilung dieser Kollegen, welche nach der letzten Bewegung den Verband wieder den Rücken gekehrt haben und nun absolut nicht bewegen lassen, der Organisation wieder beizutreten, hat nun bitter geradelt. Stolze Holzuriner haben, daß das Ergebnis jedenfalls ein viel besseres werden kann als ein so großer Teil der bisherigen Brauereiarbeiter in dieser unvergleichlichen Weidmannsmauer dahinbeachteten. Nach der neuen Vertrag steht noch verschiedene Vorschläge auf und sie vom vorliegenden Präsidenten der Brauerei, M. Langow überfoss. Trotz alledem müssen aber die Kollegen entscheiden, ob sie nach Vorsatz des Verhältnisse durch die erzielten Befreiungen innerlich ein schöner Schritt nach vorne gemacht wurde. Ob es gelang, den Vorschlag zu übernehmen,**

wurden, die gleichgültigen Kollegen aus ihrer Interesse losgelöst aufzutreten, damit wir auch intensive und drucksvolle Verhandlungen, welche wir nach einem langen Klingen mit Hilfe der Arbeiterschaft einem hartnäckigen Unternehmertum abgerungen haben, auch bestehen können.

In einer lebhaften Diskussion haben sämtliche Redner die Zustimmung zur neuen Vereinbarung befürwortet. Besonders wurde auch das Verhalten der Arbeiter in den Brauereien zur Bierhalle und zur Rose einer scharfen Kritik unterzogen. Diese Kollegen haben es fertiggebracht, auf jegliche Verbesserungen zu verzichten, um sich dadurch beim Unternehmer anzubiedern. Auch sind einige dieser Kollegen aus der Organisation ausgetreten, weil sie "zufrieden" sind, und versuchen damit ihre Unzufriedenheit dem Unternehmer besonders zu beweisen. Schließlich interessiert sich auch die organisierte Arbeiterschaft für dieses harmonische Verhältnis und fordert zu diesen Brauereien, wo weniger Harmonie, dafür aber ein Tarifvertrag vorhanden ist. Der Gewerkschaftsvoritzende Geissele von Göppingen war ebenfalls der Meinung, die Kollegen sollen der provisorischen Vereinbarung zustimmen. Bei jüngsten Bewegungen müsse immer der Prinzipal der Organisation angelegt werden. Zu keinen weiteren Ausführungen befand sich Frank mit den Verhältnissen des Syndikus und legte entschieden Vertrautung ein, daß die Göppinger Arbeiterschaft in diese Vereinbarung unbedingt eingegriffen haben soll. Die Geduld der Göppinger Gewerkschaft wurde obwohl schon auf eine harte Probe gestellt, und wenn trotzdem ein Konflikt mit den Brauereien hinausgeht, so ist dies der Gewerkschaftlichkeit Meissens Spinditus nicht zu verdanken. Sollte über eine Brauerei trotzdem mit einem blauen Auge davonkommen sein, dann haben es diese Herren ihrem zartmännigen Verhalten zuzuschreiben. Der neue Vertrag wurde einstimmig angenommen.

### Mühlhausen.

† Frankfurt a. M. Die Arbeiter der Häfen müssen rechten der Betriebsleitung neue Forderungen ein, da der alte Tarifvertrag am 1. April abläuft. Die Direktion teilte den Organisationsmitgliedern mit, daß sie auf der Basis der eingeschrittenen Forderungen in Verhandlung nicht eintrete, obwohl die Verhältnisse, wie sie in dem Entwurf geordnet wurden, in den Hafenbecken Mühlhausen längst tatsächlich eingelebt sind. Als letzte Antwort wurde 6 Mann, angedeutet wegen Arbeitsmangels, gefündigt. Wäre Arbeitsmangel vorhanden, so wäre hiergegen nichts einzusehen. Seit Einführung dieser fests. Arbeit wird aber von den anderen Arbeitern verlangt, daß sie Nebentunden machen, und außerdem betrifft im ganzen Betrieb eine Antreiberei ohnegleichen. Aber auch die Behandlung der Arbeiter läßt sehr viel zu wünschen übrig. Besonders ist es der Obermüller Weißels, der es vertritt, durch die Behandlung und intensive Antreiberei sich bei der Direktion kein Rund zu machen. Aufgabe der Direktion wäre es wohl, Verhinderungen zu prüfen, und nicht einer sachlichen Aussprache, die von der Organisationsleitung verlangt wurde, aus dem Wege zu gehen. Legt die Direktion Wert darauf, wieder Lieferant des biefligen Konsumvereins zu werden, wie dies eine Aussicht mit dem Arbeiterausgleich ergeben hat, so können wir wohl zunächst verlangen, daß eine andere Behandlung der Arbeiter plausibel sei. Wer auch die Konsequenzen der Störerei in Hauen und andere Abnehmer werden ein Interesse daran haben, die Verhältnisse in den Hafenbecken kennen zu lernen, und werden danach ihre Maßnahmen treffen. Die Arbeiter kämpfen für ihre Rechtssicherheit im Interesse ihrer Gruppe; sie wollen es von nun an herzuhören zu machen, dass ihre bisherigen Mitarbeiter das Heer der Arbeitlosen verhindern können. Zugang ist jetzt zu halten!

### Korrespondenzen.

**Frankfurt.** In der Versammlung am 15. Februar stand zunächst die Abrechnung vom 1. Quartal gegeben. Sie weist eine Einnahme von 666,50 M. und eine Ausgabe von 205,46 M. auf, so daß an die Haushaltsumme 460,04 M. eingeholt wurden. Die Jahresabrechnung weist eine Einnahme von 242,90 M. auf. Von den Ausgaben entfielen auf Kostenunterstützung 491,49 M., Arbeitsförderunterstützung 277 M., Kleiderunterstützung 32 M., Sterbegeld 45 M., Gemahrentunterstützung 57,70 M., außerordentliche Unterstützung 31,20 M., Auszugsgeld 30 M. An die Haushalte wurden einschließlich 1110,77 M. Der Mitgliedsbestand war am Jahresende 103. Der Zu- und Abgang der Mitglieder beweist uns, daß ein großer Betrieb unter den Mitgliedern sich im Laufe des Jahres vollzieht, und unsere Ausgabe muß es sein, die Kollegen nicht wie bisher an die Organisation zu fehler. Obwohl wir allein 24 Mitglieder neu aufgenommen haben, haben wir in Wirklichkeit keinen Anstieg, sondern im Gegenteil eine kleine Abnahme zu verzeichnen. Das muß in diesem Jahre auf alle Fälle wieder wettgemacht werden, der Anfang dazu ist bereits gemacht, denn in den ersten Monaten wurden bereits mehrere Mitglieder der Organisation aufgenommen. Am allgemeinen zeigt sich es aber, daß wir das bearbeitete Feld uns zu erhalten suchen. Jetzt wurde noch der Kartellbericht vom Kollegen Bräuer gegeben. Obwohl die Gewerkschaften sehr unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse zu leiden beginnen, kommen trotzdem die vereinigten Gewerkschaften ihre Mitgliederzahl von 250 auf 245 Mitglieder steigern. Außerdem noch verschiedene gesetzliche Angelegenheiten erledigt wurden, saud die gründliche Versammlung ihr Ende.

**Breslau.** Am 16. Februar fand im Gewerkschaftshaus untere Gewerkschaftssammlung statt, die für einen guten Verlauf zu erreichen hatte. Zum Jahresbericht, der den Mitgliedern vorher zugestellt war, machte Kollege Bierbach einige Ausführungen.

Zum abgelaufenen Geschäftsjahr wurden 12 Tarifverträge abgeschlossen, und zwar mit fünf Bierbrauereien, zwei Genossenschaftsbrauereien in Breslau, den Brauereien in Deutsch-Pina, Strehlen, Oberwitz und Leutzsch, den Mälzereien Böhmisch-Brauhaus und Breslauer Böhmisch-Mälzerei, den Bierwiederlagen von Strehlen, Kamenz und Gosemannsdorf, sowie der Bierergesellschaft "Zugabe". Zu jedem Bericht kam es zum Tarif, nach

vierstündigem Streit wurde mit der Firma "Zugabe" ein Tarif abgeschlossen, im zweiten Bericht, "Zugabe" dauert dies kaum noch an. Die Tarifverhandlungen bei den Bier- und Genossenschaftsbrauereien zogen sich viele Monate hin, die für die Bierbrauereien wurden von Herrn Handelskammerpräsidenten Böhmer-Berlin getragen. Bei den Lohnverhandlungen fanden Mitglieder in Frage von unserer Organisation 123, Böttcher 46, Transportarbeiter 27, Maschinisten und Heizer 19, andere freie Gewerke 20, Kind 28. Der Bund war an den Verhandlungen nicht beteiligt und hat nur den Ansatz maßgeblich unterschrieben. Versammlungen fanden zehn statt, darunter eine Fleischer- und eine Bierbrauerversammlung, ferner außer den Sibungen 105 Gewerkschaftsversammlungen. Zu Versammlungen und Verhandlungen außerhalb Breslau waren die beiden Angestellten 119 Tage tätig und nahmen noch an 72 anderen Sitzungen und Versammlungen teil. Auf der Differenzen verschiedenster Art, welche auf Reparationshöhe oder sachlichem Wege erledigen ließen, machten sich noch 122 Verhandlungen durch Vorstellungsweden notwendig. Eine Sitzung wurde zu unserer Gunsten vor dem Zweckgericht zum Auftag gebracht. Vor dem Gewerkegericht wurden neben Angelegenheiten in 15 Tagen erledigt, zum zu unseren Gunsten, mit einer wurden wir abgewiesen, und eine Sache ist noch nicht erledigt. — Der idyllische Verlebt steht sich auf 200 Eingänge und 126 Ausgänge.

Durch unsere Nachweis fanden für Brauereien und Metzger 214 männliche und 18 weibliche Personen für 16 und 11 Personen zur Ausbildung, für Böttchen 23 für 17 und 11 Personen zur Ausbildung vermittelt werden.

Arbeitslosenfälle entfallen auf männliche Arbeitnehmer 718, auf weibliche 92, arbeitslose Tage auf männliche 965, auf weibliche 1868 Tage. Bei verhältnismäßig geringer Beschäftigung in mittleren Betrieben 1143 arbeitslose Tage ist kein erfreuliches Resultat. Trotzdem wichtiger Neuordnungen, hauptsächlich in Fleischereien, und Ausgabe von Bierwiederlagen erfolgten trotz ungangreiche Arbeitsergebnissen.

Dies der großen Arbeitsergebnisse hat die Zahlstelle nach Angabe von 14 Mitglieder für Bierg zur Gründung einer eigenen Sektion mit einem Mitgliedsvertritt von 100 Personen aufzuweisen. Der Mitgliedsbestand liegt sich aus 1014 männlichen und 119 weiblichen Mitgliedern zusammen. Es wird nun Pflicht eines jeden Mitgliedes sein, zeitfristig einzutreten, damit im kommenden Jahre ein guter Stand noch vorwärts gehen werden kann. — Mit geringen Mitteln wurden die alten Vorstandsmitsieder wieder gewählt.

Den Jahresbericht gab Kollege Dick 38-18795 M. Einnahmen 24 640,42 M. Ausgaben gegenüber, so daß 13 846,61 M. an die Gewerkschaft geleistet werden konnten. Fleischerei- und Arbeitslosenunterstützung wurden 12 351,65 M. in außerordentlichen Fällen, an Gemeinde- und für Umzug 33,50 M. an Sterbegeld 1791,50 M. Pflicht ausgezahlt, so daß den Mitgliedern und deren Angehörigen wieder 14 488 M. zugute kommt.

Die Sektionssteuer kam bei 1071,95 M. Einnahme und 134,76 M. Ausgabe einen Bestand von 10 735,14 M.

Der Mitglied wurden 42% Beitrag im Jahre geleistet.

**Mülhausen i. Th.** In der Gewerkschaftssammlung am 10. Februar gab Kollege Schwab den Kosten- und Jahresbericht. Aus letzterem ist zu entnehmen, daß das vorliegende Jahr einen leidlichen Erfolg brachte; unsere Mitgliederzahl liegt von 90 auf 103, auch wurde die Tarifverträge erneuert. Wenn auch nicht alle Büräe in Erfüllung gingen, so sind wir doch ein schönes Stück vorwärts gekommen. Erwähnt sei die Fortsetzung der unzähligen Sonderarbeiten. Die Arbeitsergebnisse hatten folgendes Ergebnis: Der Gewerkeanteil von 250,40 M. steht eine Ausgabe von 107,24 M. gegenüber. Unterstaltung am Ort wurden gezahlt: Fleischereiunterstützung 436 M., Arbeitslosenunterstützung 90 M., Aktivierung 39 M., in außerordentlichen Fällen 25 M., Sterbegeld 70 M., an die Beurteile wurden 1546,16 M. gezahlt. Der Bericht wurde mit einer Abstimmung wieder gewählt.

Sind wir auch im letzten Jahre einer Sektion vorwärts gekommen, so dürfen wir doch nicht denken, die Sektion in den Schotter legen zu können, sondern mit großem Eifer wollen wir die Arbeit geben, um sie uns noch fernstehenden Kollegen für unsere Sache zu gewinnen.

**Strehlen, Ess.** Nach dem Bericht für das Jahr 1913 sind wir auch in dem vergangenen Jahre wieder einen Schritt vorwärts gekommen. In der Brauereiwerke darüber auch in Strehlen immer mehr die alte reizende Tradition und die idyllische Arbeitssituation geht mehr und mehr um sich. Das merkwürdige Streben der Großbrauereien geht darauf hinaus, die Zahl der Brauereiwerke wie irgend möglich einzuschränken, so früher nun und jetzt Kollegen standen, so versucht man es heute mit vier und fünf. Die Anforderungen an den einzelnen Kollegen sind größer geworden, die Brauereiwerke braucht bei der verfügbaren Arbeitszeit die höchste Leistung herauszuholen wie früher bei der langen Arbeitssitz. Da dieser Zeitraum haben also unsere Herren Brauereidirektoren ganz neuzeitliche Maßnahmen angenommen, und es möchte zu wünschen, daß auch in anderer Beziehung etwas neu-modifizierte Methoden und Gesetze geboten werden. So halten einzelne Herren Direktoren und Geiger noch immer an der althergebrachten Zeitverhältnissen gegenüber fest, finden es aber für unverständlich, daß der weniger gebildete Arbeiter ihnen gegenüber die höllischste Arbeitssituation geboten. Die Arbeiter erfordern diese Behandlung schon lange als ungenötigt und unzulässig, und haben wir so im einen reizenden und demokratischen" Elisch keine Wahl, um etwas zu tun, das an anderen Orten längst überstanden ist. Unter diesen Umständen ist es selbstverständlich, daß die Arbeiter ihre gewerkschaftliche Organisation immer mehr als den einzigen Schutz ihrer gesamten Interessen erachten und hat gerade das vergangene Jahr gezeigt, wie sehr unsere Mitgliedschaft bereits mit dem freigewerkschaftlichen Gedanken vertraut ist.

Auch vielerlei Kollegen Mälzereiarbeit werden innerer wieder durch die Unternehmer an die Unzufriedenheit der Organisation erinnert. Jetzt, wenn es auf die kleinen und kleinen Werke ankommt, dann haben unsere Kollegen etwas wie Summe auf Urteil, aber die ganze Sichtlichkeit hätte aus auch hier die aller höchste Strafe der Deutschen Gesellschaft. Untersuchungen an den einzelnen, dabei ein außerordentlich geringes Einbringen der Existenz des Arbeiters. Die sind immer mehr drohenden Entlassungen von Arbeitern ohne ausreichende Gründe verordnen längst aber sicher alle, auch die letzten sind, die die Arbeiter nach innerlich mit dem Gewalt zu verbünden. Der Arbeiter verliert den Glauben an das vielleicht früher einmal bestiegne Bohlwollen und sieht und findet keine einzige Stütze bei seinen Kollegen, beim Berichte.

Diese immer schärfer herbstirenden Gegenseitigkeiten führen nicht weniger Sorgen wieder um in eine unverdientliche Festigung unserer Mitgliedschaft. Dieser Prinzipal widerstand von vorigen Jahrzehnt kommt in voll und ganz gehoben werden, dazu kommt auch ein Aufwand von 56, so daß wir am Jahresende einen Mitgliedsbestand von 124 Mitgliedern aufzuweisen hatten.

An Gründungen für die Haushalte waren zu verzeichnen 627,55 M. Beitragszahlen wurden insgesamt umgerechnet 31 491. Der Hauptfonds lonten 10 651,55 M. überdeckt werden. Der Betrag der Sektionssteuer beträgt nur 2000,97 M.

Der Bericht der Betriebsversammlungen war das Jahr über im allgemeinen gut, hingegen ließ der Bericht der Monatsversammlungen manchmal leicht zu wünschen übrig. Zusammengestellt fanden 102 Betriebs-, 7 öffentliche und 2 andere Versammlungen statt. Dazu kommen noch diverse Sitzungen.

In Lohnverhandlungen ist an einer Stelle zu nennen die Bewegung der Kollegen der Althütter Mälzereiwerke. Unter der Forderung dort wurde mir der Angabe bekannt, daß die Gewerkschaftsvertretung zusammen so thöricht leise, daß es der Mälzerei unangenehm sei, eine Sitzung zu gewähren. Ganz logisch und natürlich gelang es uns dann doch ein kleines Zusammentreffen zu erreichen, um nicht mit ganz leeren Händen zum zweiten Male vor die Kollegen treten zu müssen. Es waren, als ob ja die Gewerkschaft immer nicht zufrieden hätten, und ein Schluß unvermeidlich werden würde. Bereits war die Sitzung eine schlechte und unzufriedene Versammlung für einen langen Zustand getreten. In letzter Sitzung wurden dann noch vor der Direktion Zugeständnisse gemacht, die übernahmen, wie doch nicht sehr verantworten wollten. Die Mehrzahl der Kollegen hat sich bestmöglich erklärt, und so kam ein dreijähriger Vertrag zustande. Da die immer wieder um ein gewisse Erhöhung der Gründungshilfen nicht legen lassen und durch den Arbeitern geschickt werden kann und schwerere Sanktionen in der Gründungsmauer unvermeidlich werden, die sonst hat die Zusammenarbeit in den Althütter Mälzereiwerken manchen Kollegen verhindert.

Nach die Forderung der Kollegen der Bierbrauereiwerke eine Arbeitsverhinderung vor mindestens 20 M. pro Tag für die höheren Bezahlten, von mindestens 25 M. für die noch zu einem Tariflohn von 120 bis 150 M. Beschäftigten. Erreicht wurde die Bezahlung von nun an einen Vertrag fallenden Vertrag, sowie Gewährung eines Zuschusses im Sachverständnis. Ab 1. Mai 1914 werden die Bezahlungen um 10% pro Jahr erhöht.

Diese Neuregelung wurde auch in den Gründungsmauern Rücksicht gesetzt und haben die dortigen Kollegen den besten Beweis für die regernde Freiheit des Verbandes erhalten. Die nach Gründungssachen hielten sich endlich auch einmal sagen, daß es nicht angebracht ist, die Freunde anderer zu genießen, ohne auch selber mit Hand einzulegen.

In der Brauerei "Zum Tiger" wurde ein Vertrag vereinbart, der den Kollegen nach anderen Betrieben eine ähnliche Arbeitsergebnisse eine Zulage von 5 M. pro Monat brachte. Der Vertrag hat Gültigkeit bis zum 1. Juni 1914, darüber hinaus wollte der Betreuer nichts geben, weil er bei der dreijährigen allgemeinen Bewegung auch damit will.

In den Eisenberger Steinmetzen war auch dieses fast kein Verständnis. Die dortigen Kollegen müssen leider erst durch die Erhöhung dazu kommen, daß die Gewerkschaften ihrer nichts, der Verband nichts bieten kann.

Eine "Lohnbewegung" haben die Christlichen in der Brauerei Frei gemacht und haben wieder einmal nichts erreicht. Da endlich die Kollegen dort genötigt werden, oder sollen die Gewerkschaften Mälzerei in Münchhausen tatsächlich zu denen gehören, die nicht alle werden? Es fehlt nicht reicht, dann sind sie alle!

In den Eichel Mälz- und Malzfabrikarbeiten in Schmölln wurde ein Bericht verarbeitet auf die Dauer von drei Jahren. Ausgaben 28,70 M. nach auf Kosten 30,25 M. ab November 1914 25 M. 1916 weiter 1 M. mehr. Außerdem Arbeit, zunächst zum Sterbegeld 70 M., an die Beurteile wurden 1546,16 M. gezahlt. Der Bericht wurde mit einer Abstimmung wieder gewählt.

Eine "Lohnbewegung" haben die Christlichen in der Brauerei Frei gemacht und haben wieder einmal nichts erreicht. Da endlich die Kollegen dort genötigt werden, oder sollen die Gewerkschaften Mälzerei in Münchhausen tatsächlich zu denen gehören, die nicht alle werden? Es fehlt nicht reicht, dann sind sie alle!

In den Eichel Mälz- und Malzfabrikarbeiten in Schmölln wurde ein Bericht verarbeitet auf die Dauer von drei Jahren. Ausgaben 28,70 M. nach auf Kosten 30,25 M. ab November 1914 25 M. 1916 weiter 1 M. mehr. Außerdem Arbeit, zunächst zum Sterbegeld 70 M., an die Beurteile wurden 1546,16 M. gezahlt. Der Bericht wurde mit einer Abstimmung wieder gewählt.

In der Mälzerei Huberdeut wurde durch unter Einreihen dem Brotlohn der Kollegen eine Pflicht zugestellt. In der Mälzerei Mühenthal in Borsigwalde, Borsigwalde, wurde ein dreijähriger Tarifvertrag vereinbart, der den dort beschäftigten Kollegen neben dem üblichen Brotlohn 15—16 Tage und den Bequemlichkeiten in Krankheitsfällen und bei militärischen Dienstungen die 9½ stündige Arbeitszeit bringt und den Lohn für sofort um 250 M. pro Woche, von einer weiteren Pflicht im Laufe der Belegschaft erhöht. Daneben wurde die Sonnabendarbeit im gewöhnlichen Betriebe genehmigt.

Eine merkwürdige Reihe von Differenzen waren im vergangenen Jahre zu beobachten, wiederum ein Bericht dorut, daß es mit dem Arbeitstag eines Tarifvertrages allein nicht genügt, in daß vielleicht den Kollegen Durchführung oft auch sehr viel Schwierigkeiten treten. Ein Bericht, den wir mit einem freien, unparteiischen Schiedsgericht machen, ist seineswegs so aussichtsreich, daß wir für dieserer Erledigung besonders befürwortet wären. Nur der uns dort vertraut, ohne uns gehört zu haben.

In drei Nächten nahmen die Differenzen einen erstaunlichen Charakter an, nämlich, als in der Zeit 24 hr. die Kollegen

an einem Samstag morgens der Entfernung eines

Colleges die Arbeit einstellten; dann in einer anderen

Brauerei, wo die anderen Betriebe die Arbeitsergebnisse morgens abhängig machen von der Entwicklung eines an-



für Abtretungen waren 46.958 (47.379) M., erforderte und der verbleibende Reingewinn von 70.157 (72.178) M. wurde wie folgt verteilt: Nettoerlöse 38.019 M., Spezialerlöse 4.000 M., Differenz 10.000 M., Zölle u. Steuern 1.500 Mark, außerordentliche Abtretungen 1.500 M., Taxis, Kosten und Gratifikationen 1.250 M., 9 Proz. P. Brutto-Dividende 20.000 M., Vertrag auf neue Rendung 542 M. Die Aussichten für das laufende Jahr ergeben der Berichterstattung nach Nutzen auf die durch die Gesetzveränderung eingetretene bedeutende Verkürzung der Getreide nicht ungünstig.

Die Brauerei Altenbräuerei in Titz bei Gera berichtet, daß der Abgang noch geboten hat. Einzelstück 320 M. Vertrag beziffert sich der Rohgewinn auf 90.000 (88.795) Mark, für Abtretungen waren 39.188 (39.394) M. erforderlich und wurde der dann verbleibende Reingewinn von 50.884 (49.385) M. wie folgt verteilt: Spezialerlösen und Differenz 10.000 M., Zölle u. Steuern 750 M., 5 Proz. Gewinn zu rück zu legen (wie im Vorjahr) 10.000 M., 5 Proz. Dividende wie im Vorjahr 20.625 M., Kosten und Gratifikationen 4.663 M., Vertrag auf neue Rendung 1.916 M. Die Aussichten sind günstig.

Die Brauerei Hirnert bei Nürnberg berichtet, daß infolge des schlechten Sommerwetters und der damaligen Voraussetzung sowie der hohen Getreidepreise, daß die Ergebnis anhaltung beeinträchtigt wurde. Der Rohgewinn betrug einschließlich 18.721 M. Vertrag 123.634 (148.703) Mark, für Abtretungen wurden 55.455 (61.791) M. verhendet und der verbleibende Reingewinn von 70.157 (72.178) M. wie folgt verteilt: Kosten und 26.15 M., 7 Proz. Dividende auf die Vorzugsaktien und 5 Proz. auf die Stammmatrikel beides wie im Vorjahr zusammen 22.000 M., Vertrag auf neue Rendung 13.553 M.

Die Hildesheimer Altenbräuerei berichtet über einen sehr guten Rohgewinn. Nach Abzug der Aufzehrung und einer Einzelstück von 2267 M. Vertrag beziffert sich der Rohgewinn auf 126.773 (126.452) M., davon wurden für Abtretungen 57.701 (59.186) M. verhendet und der verbleibende Reingewinn in Höhe von 70.012 (70.286) M. wie folgt verteilt: Nettoerlöse 10.000 M., Zölle u. Steuern 1.000 M., Differenz 1000 M., 4 Proz. Dividende 4.000 M., 5 (4) Proz. Dividende 65.000 M., Vertrag auf neue Rendung 2012 M. Die Aussichten für das laufende Jahr sind nicht ungünstig.

Die Brauerei Gebr. Schäfer A.-G. in Pirna a. S. berichtet von einem schönen Abgang. Der Gewinn von 117.170 M. erforderlich Vertrag wurde wie folgt verteilt: Nettoerlöse 43.545 M., geschiedene Abtretungen 34.220 M., Differenz 1000 M., Zölle u. Steuern 3000 M., 4 Proz. 4 Dividende 40.000 M., Kosten und Gratifikationen sowie Sondermiete für den Aufzehrungs 7.100 M. wie im Vorjahr und Vertrag auf neue Rendung 13.484,66 M.

Die Weissenauer Brauerei mit einem Betriebsjahr von 20.580 M. im Vorjahr kommt von 20.215 M. Diesen erzielen die regelmäßigen Abtretungen insgesamt 17.461,65 M. und der Differenz 1000 eine Rendung von 7.000 M. wodurch ein Brutto von 117.682,25 M. erreicht wird. Anschließend des Berichterstattens vom Jahre 1911/12 in Höhe von 78.074,55 M. erhöht sich damit die Gesamtkapital auf 78.674,55 M.

Die Hildesheimer Brauerei Schäfer A.-G. in Südausgleich einer Bruttogewinn von 74.755,40 M. gegen 65.165 M. im Vorjahr. Derselbe wurde in der Aussicht zu kleinen Abtretungen verteilt: 40.000 M. auf Anlagen, 20.000 M. auf Maschinen, 10.000 M. auf Personale und 5.000 M. auf Material. Aus dem verbleibenden Rohgewinn von 55.255 M. erzielten Sondermiete und Belehnung insgesamt 2.550 M. Kosten und 2.500 M. Rest werden eine neue Rendung vorgenommen.

Die Salzstädter Brauerei Schäfer A.-G. kann für das abgelaufene Geschäftsjahr von einem schönen Erfolg berichten. Gewinnbruch 33.922 M. Vertrag wurde ein Rohgewinn von 106.152 (108.166) M. erzielt. Nach Abtretungen von 67.100 (112.441) M. beträgt der verbleibende Rohgewinn 27.153 (254.725) M. der wie folgt verteilt: Nettoerlöse 14.000 M., Differenz 1000 M., Zölle u. Steuern 1.000 M., Zölle u. Steuern 3000 M., Kosten und Gratifikationen 14.197 M., 6 Proz. 5 Proz. Dividende 12.000 M., 100.000 M., Vertrag auf neue Rendung 31.705 M. Die Aussichten für das laufende Jahr erzielen günstig.

### Mit dem Bericht

Sorgfalt beim Nachlesen traut keinen über die Aussicht in der Kollegie Albert Schäfer der Südausgleich Brauerei Berlin, der diese Sagen als Wissenswert bezeichnet. Der Sch. war über 20 Jahre im Berichteätig. Die Kollegie und der Bericht zeigen, daß man zu dieser Arbeit einen noch ehrhafteren Ruhm hätte erlangen wollen, dann wäre das Ergebnis wahrscheinlich nicht so günstig.

Sein Berichterstatter dieses Berichtsjahrs wieder vertreten wurde in der Stadt vom 11. auf den 12. Februar in der Südstädter Brauerei Schäfer, Wolf zu Frankfurt a. M. Der Angestellte G. Schäfer berichtet mit dem Bericht in den Aussicht und wurde einige Rolle kennzeichnen, der ihm dies in einem Gespräch und das gleich vollständig erläuterte. Der vorliegende Berichterstattung, welcher der Berichterstatter wurde, wurde der Aussicht entsprechend weitergeführt. Da die Aussicht erzielt der in der Aussichtszeit steht, in Südstadt in Frank. bezeichnungs Brauerei Schäfer, den Berichterstatter standen ihm abgesetzt.

Das zweite der seitliche Bericht. Sie ist der Berichterstatter G. der Südstädter Brauerei Berlin, mit seinem Gedanken des Vierlandes kommen. Über das Rohgewinnbruch an der Aussichtsfahrt steht, welche der Zug zum Berichterstatter. Die Aussicht erzielt der Bericht und andererseits der Berichterstatter und beide haben unterschiedliche Aussicht, mit einer einzigen Sache mit seinen vierlanden zu beschäftigen. Das das Haupt nicht verhindern sollte verleiht, ob nur dem Vierlande zu denken, daß der Zug keine Sache bereits verlangt hat und darüber mit dem Vierlande abgesprochen wurde.

Berichterstatter aus Südstadt wird gemeldet, daß der Berichterstatter Schäfer G. unter keinem anderen Brauerei steht und einiger jüngster Berichterstatter einen Berichterstatter erhielt.

Unter ein Lagerhaus geriet der in der Adlerbrauerei in Rothenburg o. d. Tauber beschäftigte Brauer L. Er trug schwere unerlaubte Verleihungen davon und mußte in das Kronenhaus übergehen werden.

Durch Unfall dem Tode entronnen sind der Chauffeur und Führer eines Motorwagens der Fahrer Lederer Brauerei in Schorndorf in Schorndorf. Als auf dem Rückenwege von Heidelberg nach Schwetzingen die Steuerung verlor, fiel das Auto, und überbrachte den Chauffeur tödlich und wurde zertrümmert. Bei dem Sturz wurden beide Kollegen herausgeschleudert, jedoch nur leicht verletzt.

Beiden Bergebaus gegen die Steuerabreißverordnung wurde der Kollege A. in Stuttgart mit einer Polizeiauto von 2 M. die zum später das Königliche Schlossgericht befähigte, bedroht; diese Bedrohung hatte folgende Ursache: Kollege A. mangelte bei einem Bier ein leeres Glas abholen, er begab sich zu diesem Platz in die Wirtschaft, ohne die Wände zurückzugehen und über ein Bad gesperrt zu haben. Da das Glas aus dem Keller geholt werden mußte, auch der Kollege A. noch ein Glas Bier trank, so verging eine längere Somme Zeit nach Angabe des angezeigten Polizeibeamten 2 Minuten, in welcher das Zubringer unbestimmt war, wodurch der Grund zur Entfernung gegeben war.

Wie erläutert unsere Kollegen vom Fahrbpersonal, wenn sie gezwungen sind den Wagen zu verlassen, auch wenn dies eine noch so kurze Zeit in Anspruch nimmt, jederzeit den polizeilichen Verdachten nahezukommen und den Wagen einzubringen oder ein Bad zu bekommen, dann sind solche Straftatbestände nicht möglich. Auch wird in allen Fällen das Gericht zur Verurteilung kommen, da die erzögogene Polizeiverordnung sich führt auf den § 266, § 267 10 StGB.

### Berghedenes.

1. Die erste Bandverfügung der Bündnisverein. Das Eindringen von Parteien aus der Umgebung der Bunde führt man jetzt weniger durch Förderung minder bewährter Mittel als durch Heranziehung der Meine zu verbauen. Zu diesem Zweck werden man z. B. Prinzessinnen und Politiker an. Nach Freuden Liermann ist Altböbl in Sachsen konzentriert das alte Mittel zur Fortbewahrung der Meine wie auch zur Steuerverminderung und -verhinderung. Die Errichtung von Speditions in der Bunde und Bündnisabteilung wird durch Freudenheit am besten gewählt. Als ein großes, austrocknendes Mittel, das die Leute bereitet. Durch Bekämpfung der Altböbl und Sonderde des Freuden Liermann eine neue Methode der Bündnisförderung gefunden, die die Bündnisverbündete der Bündnisförderung gefallen, die zum Bündnisfördernd vertretenen sind. Schrift zur Erneuerung der Bunde des Bündnis und zur Sicherstellung des Bündnisfeldes bei unerlässlichen kann empfohlen werden die Methoden. Bei der Bündnisförderung nach dieser Methode in seine geschätzte Hilfe nötwendig. Ihre Anwendung in auch in den Händen mehr oder weniger geldhaber Sozialisten kann ungünstig. Der Bündnisförderer bildet die erste Bandverfügung der Bündnisförderer durch Berge und Bündnis. Die Bündnisförderer sollte daher in die Aussichtsstellen und die Aussichtsstellen der Bündnisförderer aufzunehmen werden.

2. Die erste Bandverfügung der Bündnisverein. Das Eindringen von Parteien aus der Umgebung der Bunde führt man jetzt weniger durch Förderung minder bewährter Mittel als durch Heranziehung der Meine zu verbauen. Zu diesem Zweck werden man z. B. Prinzessinnen und Politiker an. Nach Freuden Liermann ist Altböbl in Sachsen konzentriert das alte Mittel zur Fortbewahrung der Meine wie auch zur Steuerverminderung und -verhinderung. Die Errichtung von Speditions in der Bunde und Bündnisabteilung wird durch Freudenheit am besten gewählt. Als ein großes, austrocknendes Mittel, das die Leute bereitet. Durch Bekämpfung der Altböbl und Sonderde des Freuden Liermann eine neue Methode der Bündnisförderung gefunden, die die Bündnisverbündete der Bündnisförderung gefallen, die zum Bündnisfördernd vertretenen sind. Schrift zur Erneuerung der Bunde des Bündnis und zur Sicherstellung des Bündnisfeldes bei unerlässlichen kann empfohlen werden die Methoden. Bei der Bündnisförderung nach dieser Methode in seine geschätzte Hilfe nötwendig. Ihre Anwendung in auch in den Händen mehr oder weniger geldhaber Sozialisten kann ungünstig. Der Bündnisförderer bildet die erste Bandverfügung der Bündnisförderer durch Berge und Bündnis. Die Bündnisförderer sollte daher in die Aussichtsstellen und die Aussichtsstellen der Bündnisförderer aufzunehmen werden.

10 M.), August Dreher, Handwerker, 40 Jahre (60 M.); Haunerer, Louis Weller, Glassarbeiter, 44 Jahre (90 M.); Reimann, August Dennis, Arbeiter, 63 Jahre (70 M.); Hölzer, Friedrich Knecht, Arbeiter, 61 Jahre (60 M.); Rommel, Johann Rauch, Brauer, 58 Jahre (90 M.); Neumann, Hugo Klemmer, Brauer, 58 Jahre (70 M.); Lederer, Adolf Wagner, Brauer, 62 Jahre (70 M.); Peter Schildbach, Brauer, 40 Jahre (90 M.); Denau, Leopold Henze, Arbeiter, 48 Jahre (45 M.); Albert Kübel, Kürschner, 52 Jahre (60 M.); Breslau, August Kämmerer, Fahrer, 41 Jahre (60 M.).

Ausgezahltes Tierbegeld an die Mitglieder beim Ende der Eheszeit:

Quedlinburg, Goslar, 15 M.; Werner, Köln, 30 M.; Maier, Pirmasens, 30 M.; Kreuzberger, Stuttgart, 25 M.; Reiter, Bielefeld, 20 M.

### Eingänge der Hauptstelle

vom 2. bis 8. März.

Tegel 210; Saalbau 2—; Hildesheim 148,01; Einbeck 50,—; Düsseldorf 40,—; Berlin 1.—; Cottbus 100; Nordhausen 13,01; Berlin 5,—; Bamberg 50,—; Lübeck 500,—; Weimar 11,55,—; Berlin 6,50; Berlin 5,—; Berlin 3,—; Berlin 2,50; Braunschweig 600,—; Hof 500,—; Helmstedt-Grafschaft 100,—; Calbe a. Saale 3,10; Strelitz 13,50; Coburg 2,10.

Rücknahme. In letzter Nummer auf es zu Grünenberg i. Schles. nach 3,08 M. 3,18 M. heißen.

### Materialverlust.

Kröditz 900 Marken a 50 Pf. und 400 Marken a 30 Pf. Freiburg i. Schles. 200 Marken a 50 Pf. und 50 Marken a 30 Pf. Wohlgemuth 200 Marken a 50 Pf. und 100 Marken a 30 Pf. Görlitz 1800 Marken a 50 Pf. Darmstadt 100 Mitgliedsbücher. Göringen 1000 Marken a 50 Pf. Meissen 200 Marken a 50 Pf. Stadthagen 1000 Marken a 50 Pf. Leizig 100 Mitgliedsbücher. Meißen 13.000 Marken a 50 Pf. und 1600 Marken a 30 Pf. Landeshauptstadt 20 Marken a 50 Pf. und 100 Marken a 30 Pf. Coblenz 20 Mitgliedsbücher und 800 Marken a 50 Pf. Berlin a. Havel 100 Marken a 50 Pf. Bünstadt 2000 Marken a 50 Pf. Ilmenau 1.000 Marken a 50 Pf.

### Aus den Bezirken und Jahrestellen.

Hannover. Suppler: Billy Kraft, ab 1. April Dienerin 12.

Grisingen. Der Brauer Peter Paul Reiter aus Erlangen wird dringend erucht, seiner Verpflichtungen in der Nationalen Grislingen nachkommen.

Werkende. Für den Kollegen Franziska Damborn, Brauer, sind Postkarten eingelassen. Derzeit möge seine Adresse dem Kollegen Hilt angeben, damit die Zuwendung erfolgen kann.

König. Kopiert und übermittlungsaufzähler Lester Kiel, Kürschner zum Gehässigster.

Kottbus. Vermönder: Ferdinand Gurl, Schneider. Saarbrücken. Sachender: Wilhelm Heinrich, Schneider; Andreas Nierlein, beide Grislauer, Gomjen-Saarei.

### Berghandlungsauszeigen.

Stettin, den 14. März.

Stettinburg a. S. 5 Uhr: Restaurant "Sonne",

Stettin. 5½ Uhr: Cafeteria "Trotz-Sale".

Görlitz. 5 Uhr: "Gesellschaftshaus".

Zittau. 5½ Uhr: Zum Engel".

Witten. 5½ Uhr: "Gesellschaftshaus".

Witten. 5½ Uhr: Zum alten Schatz", Schloßstraße 16. Mindelheim. 5 Uhr: "Landtmitt".

Neubrandenburg. 5 Uhr: "Reiter, Fleischergarten".

Stettin. 5 Uhr: "Gesellschaftshaus", Stettinufer.

Neubrandenburg. 5½ Uhr: "Gebäude zum Domherren".

Zegeberg. 5½ Uhr: "Hotel International", am Schlossberg.

Zittau. 5 Uhr: "Gotha zum Hohen".

Salzwedel. 5½ Uhr: "Restaurant Seidemann".

Wittenberge. 5½ Uhr: bei S. Kiel.

Geisau. 5½ Uhr: bei S. Kiel.

Zegeberg, den 15. März.

Geisau. 4 Uhr: bei Kiel, Kürschner 11.

Dortmund. 5 Uhr: "Gesellschaftshaus", Zeitzky, Ecke Lenningsstraße.

Düsseldorf. 5 Uhr: bei L. Kiel, Goldstraße 9.

Greifswald. 4 Uhr: "Cafeteria".

Stettin. 5½ Uhr: "Cafeteria".

Cottbus. 5 Uhr: bei Kiel in Cottb. Greizer Zeige.

Greifswald. 5 Uhr: "Cafeteria".

Leipzig. 5 Uhr: "Cafeteria".

Greifswald. 5 Uhr: "Cafeteria".

